

Volksmacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto Postfach-Nr. 5832

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unberlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschlossene Anzeigen aus Schlesien 14 H. auswärts 17 H. Einzelnen ander Tage 20 H. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-Verksamlungen und Wohnungs-Anzeigen 10 H. Kleine Anzeigen pro Wort 3 H., das letzte Wort 4 H. Einzelnen für die nächste Nummer wasser bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Marktstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße 6 und Friedländerstraße 106, Marktstraße 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Einzelnummern vorwärts zu entnehmen durchschnittlich 0,42 H. mit 4 H. Träger-Bezugspreis monatlich 1,75 H. mit 4 H. Trägerlohn + 2,10 H. durch die Post einfließt Zustellungsgebühren 2,40 H.

Schwerer Kampf um das Ostprogramm

Schiele will das Reich für den Großgrundbesitz schröpfen Vorläufig noch Widerstand im Kabinett dagegen

Das Reichskabinett hat seine Entscheidung über das Ostprogramm um acht Tage auf den kommenden Mittwoch verschoben. In der Zwischenzeit sind die einzelnen Ressorts die strittigen Fragen soweit möglich, daß am Mittwoch endlich ein endgültiger Beschluß gefaßt ist.

Vorläufig sind jedoch alle Fragen noch offen. Bis zu dem am Mittwoch-Sitzung des Kabinetts nicht einmal eine vorläufige Einigung über das Ostprogramm erzielt worden. Wie vor stehen sich die Ansichten und Auffassungen über die Hilfsaktion im Osten gegenüber. Umstritten ist vor allem die Frage der Umwandlung. Hierbei handelt es sich um die Zusammenfassung langfristigen Personalkredit, die in eine verbilligte langfristige Hypothek umgewandelt werden sollen. Für diese Hypothek soll ein freiwilliger Verzicht mit den Landwirten (Hofford), ein sogenannter Ablösungschein gestellt werden. Bis zu diesem Punkt verspricht die Umwandlungsaktion Erfolg. Sie wird die hoffnungslos überforderten Betriebe natürlich nicht retten können, aber überall, wo die Betriebsführung gesund ist, und wo die Schwierigkeiten ausschließlich aus der drückenden Jnlast herrühren, wird ein Teil der Landwirtschaft im Osten Hilfe bringen können. Ein Teil des Kabinetts u. a. B. aber, daß der Reichsfinanzminister Schiele für die Ablösung eine besondere Bank, die sogenannte Ablösungsbank, gründen will. Diese Ablösungsbank soll eine Tochtergesellschaft der Rentenbank-Ereditanstalt werden. Mit dem Augenblick, wo diese Bank in Erscheinung tritt, erhält die Rentenbank-Ereditanstalt auch das in Kürze erlöschende Recht, weiterhin Personalkreditgeschäft zu pflegen, das Aufgabe der Reichsbank ist. Man kommt, wenn man den Ideen Schiele folgt, nicht nur zu einer Leberorganisation im landwirtschaftlichen Bankwesen, die sich ohne Zweifel in einer Verkeuerung des landwirtschaftlichen Kredits bemerkbar machen wird, sondern man würde die Bestehen eines Instituts, eben die der Rentenbank-Ereditanstalt, die von den Landbündlern und Großagrariern als ihre natürliche Machtposition angesehen wird. Das bedeutet eine Erhöhung des großagrarischen Einflusses auf dem Gebiet des Kreditwesens. Bei einigen Mitgliedern des Reichskabinetts ist merkwürdig so viel volkswirtschaftlicher Ueberblick vorhanden, daß die von Schiele und den Großagrariern gewollte Entwicklung nicht gewünscht.

Auf dem Gebiet der Umschuldung gibt es auch insofern nicht widerstrebende Meinungen, als Schiele unter dem Einfluß des Landbundes nicht davor zurückschreckt, bei der bevorstehenden Aktion selbst berechnete Wünsche der ge-

werblichen und der industriellen Betriebe in den östlichen Reichslandsgebieten hinter die Interessen des Großgrundbesitzes zurückzusetzen. Verschärft wird der ganze Konflikt durch einen Programmpunkt der Ostaktion, der durchweg auf Schiele's Initiative zurückzuführen ist und der dem Ostprogramm den großagrarischen Stempel aufdrückt. Wir meinen damit die Frage der Verbilligung und Beihilfe erhalten sollen und zwar im Betrage von 10 Prozent des Wertes. Für diese Beihilfe kommen vorzugsweise überschuldete Großbetriebe in Frage. Sie werden mit dieser Beihilfe nicht mehr zu retten sein und das Reich wird in den meisten Fällen wohl das Nachsehen haben. Das Geld für diese Beihilfen wird zum größten Teil a fond perdu gegeben und das dürfte zu einer empfindlichen Schädigung des Reiches führen, wenn nicht eine genaue Kontrolle einsetzt. Diese unparteiische Kontrolle wollen der Landbund und Schiele aber verhindern. Deshalb geht Schiele's Bestreben dahin, die preußische Regierung bzw. die Preußenkasse, die sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen im Laufe der letzten Jahre einen Stab von vorzüglich geschulten unparteiischen Landwirten herangezogen hat, auszuscheiden. Schiele will die Gewährung der Beihilfen von den östlichen und provinziellen Kredit-Ausschüssen abhängig machen, weil der Landbund dort die Majorität hat. Sie werden die Beihilfen zweifellos nicht nach dem Gesichtspunkt zur Verfügung stellen, ob mit dem Geld dieser oder jener überschuldete Betrieb noch gerettet werden kann, sondern es werden hemmungslos Subventionen gegeben. Das bedeutet, daß Staatsgelder im Interesse des Prestiges des Reichslandbundes und unter politischen Rücksichten verpfändet werden. Die ganze Subventionenpolitik Schiele's tritt hier so naht und so stark in Erscheinung, daß ein Teil des Kabinetts vor seinen Plänen zurückschreckt und nicht glaubt, dafür die Verantwortung vor dem Volke übernehmen zu können. Hier liegt der Konfliktstoff, der einem Kompromiß im Kabinett vorläufig im Wege steht.

Der Konflikt hat in den letzten Tagen zweifellos politischen Charakter erhalten. Reichskanzler Brüning hat in der Abwehr der Schiele'schen Pläne sichtlich die moralische Unterstützung unseres Volkes hinter sich, die aufstammen wird, sobald man über die Tragweite der Schiele'schen Pläne und über die nackte Interessentenpolitik der Landbündler klar sieht. In Landbündlern rechnet man jedoch damit, daß Brüning unter allen Umständen am Ruder bleiben will, daß er zu diesem Zweck Schiele notwendig hat, er deshalb in diesen Auseinandersetzungen klein beigehen wird und zwar ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftlich denkenden Kreise im Zentrum.

des Panzerkreuzers B ablehnt, und daß ein Druck des Reichswehrministeriums oder gar einer noch höheren Stelle doch dazu führen kann, daß das Zentrum auch dieses Zugeständnis an die Deutschnationalen macht. Damit wird man um so mehr rechnen müssen, als sowohl Herr v. Vindenes-Wildau als auch Graf Westarp der Entscheidung über den Panzerkreuzerbau weitestgehende Bedeutung für die allgemeine Politik beimessen haben.

Interessant ist, daß das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, die 13 Ja-Stimmen als Stimmen der Rechtsparlamentarier bezeichnet und die positive Abstimmung des Zentrumsgeschäftsbereiches verweigert. Der Zwiespalt im Zentrum wird dafür durch Angriffe auf die Sozialdemokratie auszugleichen versucht. Als Unterlage benutzt man die Erklärung des Reichswehrministers Groener. In ihr wurde darauf hingewiesen, daß das Kabinett Müller unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister eine Entscheidung angenommen habe, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffsbauprogramm, das auch den Erwerb der Linienschiffe enthalten sollte, vorzulegen sei. Im Haushaltsauschuss hat bereits der sozialdemokratische Abg. Keil festgestellt, daß dieser Beschluß des früheren Reichsstaatsrats nichts anderes sei als die Ausführung eines Beschlusses, den der Reichstag im Juni 1929 gefaßt hat. Dieser Antrag forderte die Reichsregierung auf, einen Flottenbauplan vorzulegen, zugleich mit einer Rechnungsvorlage über die Kosten. Der Beschluß des Reichskabinetts ist nur die Ausführung dieses Reichstagsbeschlusses, ist aber in keiner Weise eine materielle Entscheidung zugunsten des Baues von Panzerschiffen. Der Reichswehrminister Groener hat nicht bestritten können, daß der Beschluß des Kabinetts nur diese formale Bedeutung gehabt hat, in keiner Weise aber eine Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Bau von neuen Panzerschiffen bedeuete.

Dieser Sachverhalt wird man um so stärker unterstreichen müssen, als, wie im Haushaltsauschuss am Donnerstag bei anderer Gelegenheit festgestellt wurde, die Regierungsparteien allzu leicht der Verlockung unterliegen, aus der Luft gegriffene Behauptungen über die Haltung der Sozialdemokratie aufzustellen. Nur Reichsgerichtsbarkeit und Unnahbarkeit können behaupten, daß die sozialdemokratischen Minister der Regierung Müller dem Bau des Panzerschiffes B für das Jahr 1931 positiv zugestimmt hätten.

Der Haushaltsauschuss des Reichstages verabschiedete am Donnerstag unter Ablehnung aller weiteren Streichungsanträge der Sozialdemokraten den Marine-Etat. Der Etat umfaßt 197,3 Millionen Mark Ausgaben bei 3 Millionen Einnahmen.

Als Berichterstatter stellte Abg. Stücken (Soz.) fest, daß man bei der Marinewerft in Wilhelmshaven und im Arsenal keine Beamte, aber Angestellte abgebaut hat. Die bestehenden Betriebe hätten viel zu viel Beamte. Privatunternehmen würden daran zu Grunde gehen. Die Kosten der Repräsentation der Marine im Ausland seien viel zu hoch.

Reichswehrminister Dr. Groener:

Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchau kein kritischer Flottenjäger bin, sie wissen aber auch, daß ich den Erwerb unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich auch bei der Beratung meines Etats im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonderen angepannten Haushaltslage, also nur aus finanziellen Gründen, erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig, also auch unter Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister, in einer besonderen Entschließung festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffsbauprogramm, das auch den Erwerb der Linienschiffe enthalten sollte, vorgelegt würde. Bei dieser Entschließung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostpreußens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorschlug, ohne die Endsumme des Marineetats zu erhöhen, sympathisch gegenüberstand.

Die Reichsregierung wollte allerdings in dieser Frage, wie in der entscheidenden Reichsratsitzung Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer namens der Reichsregierung ausdrücklich erklärte, keine Initiative ergreifen oder eine Beeinflussung ausüben. Sie hatte aber auch keinen Anlaß, nachdem der Reichsratsbeschluß für Einsetzung einer Baurate vorlag, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen, da ja eine Mehrausgabe durch den Beschluß des Reichsrats nicht eintrat und weil die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem vorigen Reichskabinett grundsätzlich der Meinung ist, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten für die Erneuerung unserer Flotte gesorgt werden muß. Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich also, und die Entscheidung hierzu über bittet die Reichsregierung, dieses hohe Haus selbst zu treffen.

Der Mitberichterstatter Abg. Erving (Ztr.) erklärte, er bedauere, daß im Reichstag gesagt worden sei, man spare die erste Rate für den Panzerkreuzer B an anderer Stelle des Marine-Etats ein. Es seien aber gar keine Einsparungen gemacht worden, man habe nur die diesjährigen Raten bei den laufenden Bauausgaben um 3 Millionen Mark gestreckt.

Abg. Kuhnt (Soz.) eröffnete die Diskussion mit einer zusammenfassenden Betrachtung über die Frage des Panzerkreuzers B. Auch die Demokraten und das Zentrum müßten heute Farbe bekennen. Die Sozialdemokratie habe sofort mit einem einmütigen und entschlossenen Frein geantwortet. Bei politischer Konsequenz müßten auch die ehemaligen Koalitionsparteien die Mittel für das Panzerschiff ablehnen, weil die Volkswirtschaft in diesem Jahre viel größer sei als in dem Notjahr 1929. Hinter der Zahl von 3 Millionen Mark verberge sich ein erschütterliches Elend. Es sei auch nicht wahr, daß die Arbeiter in Kiel und Wilhelmshaven das Bauen von Kriegsschiffen forderten. Diese Werftarbeiter forderten nur Flug und Recht Arbeit, und zwar notwendige gesellschaftliche Arbeit. Die sozialdemokratische Fraktion fordere bei den einzelnen Titeln die Streichung von rund 34 Millionen. Davon entfielen auf das Kapitel Neubauten 33.700.000 Mark. Die deutsche Marine müsse auf eine völlig neue

Panzerkreuzer B abgelehnt

Das Zentrum zerfällt in drei Teile - aber noch keine endgültige Entscheidung Die Nachschule als Klub der Dutschisten

Berlin, 8. Mai. (Eigener Bericht.)

Der Haushaltsauschuss des Reichstags lehnte am Freitag auf Antrag der Sozialdemokratie die erste Rate für den Panzerkreuzer B ab. Gegen die Rate stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und die Zentrumsabgeordneten Erving und Schlaad. Der Rat enthielt sich die Banische Volksrecht und der Zentrumsabgeordnete Berlitius. Alle anderen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter stimmten für die erste Rate.

Vor der Abstimmung erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Keil: „Ueber die Stellung der Sozialdemokratischen Fraktion zu dem Panzerschiff B kann noch etwas zu sagen. Wir lehnen den Bau dieses Schiffes ab, der von der Regierung einschließlich des Herrn Reichswehrministers nicht beantragt worden ist. In der Erklärung des Reichswehrministeriums ist nun die Position für Panzerkreuzer, die vom Reichsrat eingeleitet wurde, nachdem von einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung dazu ermuntert worden war, in Zusammenhang gebracht worden mit der Frage der Aufstellung eines Schiffsbauprogramms.“

Wenn das frühere Kabinett beschlossen hat, ein solches Programm aufzustellen, so hat es damit dem Beschluß des Reichstags vom 8. Juni 1929 entsprochen. Die Feststellung der Tatsache durch den Minister wäre vielleicht richtiger gewesen, als der Hinweis darauf, daß der Kabinettsbeschluß die Zustimmung der vier sozialdemokratischen Minister gefaßt sei. Auch für den Inhalt des Programms waren durch den Reichstagsbeschluß bereits Richtlinien aufgestellt. Der Minister lautete, umgehend ein auf lange Sicht abgestelltes Bauprogramm vorzulegen, der die Bereitstellung der Mittel für ein langfristiges Bauprogramm im Vordergrund steht.

Selbst wenn der Kabinettsbeschluß dahingehet, daß das auf lange Sicht gestellte Bauprogramm auch den Erwerb der Linienschiffe enthalten soll, so erscheint es uns doch sehr zweifelhaft, daß eine prinzipielle Zustimmung zum Bau dieses

Schiffes ausgesprochen ist. Die Aufstellung eines Bauprogramms auf lange Sicht, das vor allem auch der Deckungsfrage nicht aus dem Wege geht, kann an sich zweckmäßig sein.

Vom Standpunkt einer stabilen Staatsgestaltung aus kann es nur erwünscht sein, zu wissen, mit welchen Ausgaben auf eine längere Zeit von Jahren hinaus gerechnet werden muß. Anregungen dieser Art sind ja auch schon für andere Aufgabenbereiche gegeben worden, zum Beispiel für Kanalkauten.“

Der Abg. Dr. Herz (Soz.) wies darauf hin, daß durch verschiedene Erklärungen von Abgeordneten der Regierungsparteien in der Debatte der Eindruck hervorgerufen worden sei, als ob die gegenwärtige Stellung der Sozialdemokratie als Oppositionspartei sich in Widerspruch befände zu ihrer Haltung innerhalb der Regierungskoalition. Als Vertreter der Sozialdemokratie bei den interfraktionellen Verhandlungen des Vorjahres stelle er fest, daß eine solche Auffassung durch den Inhalt der damaligen Verhandlungen - und er habe an allen teilgenommen - nicht berechtigt sei. „Es ist - so fuhr Herz fort - von der Sozialdemokratie niemals eine Zusage für die Bewilligung von Mehrforderungen im Wehretat gegeben worden. In Gegenwart der sozialdemokratischen Vertreter wurde überhaupt nicht darüber verhandelt. Falls die übrigen Koalitionsparteien dem Reichswehrministerium eine derartige Zusage gegeben hätten, so kann das nur in Verhandlungen geschehen sein, die ohne die Sozialdemokraten geführt worden sind. Es ist nicht ohne Bedeutung, zu erfahren, ob solche Verhandlungen stattgefunden haben.“

Berlin, 8. Mai. (Eigener Bericht.)

Die Erwartung, daß bereits im Haushaltsauschuss des Reichstags eine klare Entscheidung über den Bau des Panzerkreuzers B herbeigeführt werde, ist nicht eingetroffen. Zwar ist die Einsetzung der ersten Rate mit 19 gegen 19 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt worden. Aber schon der Zerfall der Zentrumsvorstellung in drei Teile zeigt, daß man im Zentrum durchaus nicht einheitslich den Bau

Politische Aussprache im Landtag

Otto Braun rechnet mit der Reaktion ab — Etwas Theaterdonner des Zentrums

Berlin, 8. Mai. (Eigener Bericht.)

Auf der Tagesordnung des Preussischen Landtages steht die zweite Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Braun:

Alles aber nicht gerade guter Meinung gemäß werden bei einem Etat meist Angelegenheiten behandelt, die nur mittelbar, aber überhaupt nicht zur Zuständigkeit meines Amtes gehören (überhaupt bei den Komm.). So ist auch die Tatsache, daß ich über die von dem Verein zur Pflege der Kriegerdenkmäler veranstalteten Volkstrauertage in Magdeburg auf einer von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wiederkehr des Tages des Rapp-Bußes veranlaßt, die Angelegenheit in einer großen Ansprache der deutschen Fraktion geäußert hat, die hier mit zur Beratung steht. Wenn in der Ausschlußberatung behauptet wurde, dieser Volkstrauertag sei aus dem Empfinden der breiten Volksmassen, so muß ich dem entschieden widersprechen. Diese Veranstaltung ist durch den erwähnten Verein, der seinen öffentlichen Aufgabekreis Verdienstvolles geleistet hat, dem Bestreben, seinen Tätigkeitsbereich zu erweitern und dem seinen Vereins-Apparat zu erhalten und seine Sammlungen ertragreicher zu gestalten, geschaffen worden. Nach seinen Bemühungen, die öffentlichen Körperlichkeiten zur Einbringung eines öffentlichen Volkstrauertages zu veranlassen, gelang es, hat er aus eigener Initiative diejenige Veranstaltung als ein allgemeines Volksfest, die preussische Regierung hat sich, ebenso wie in anderen Ländern, bisher ablehnend verhalten. Dazu sind für mich persönlich, daß die Art, wie dieser Volkstrauertag in einzelnen Orten begangen wird, mir auch Veranlassung zu mir ihm fernzuhalten. Wie in anderen Jahren, ist auch diesem Jahre bei den verschiedensten Veranlassungen das Leben zutage getreten, diesen Tag zur

Redung und Regeltung des Revanchegedankens,

die auch 3. T. zur Kritik des heutigen Regimes zu mißbrauchen.

Die Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei vom März dienten der

Erinnerung an den verbrecherischen Rapp-Buß,

der vor zehn Jahren viel Ungemach über das deutsche Volk gebracht wurde, zahlreiche Menschen ums Leben kamen, deren auch gebeten war. Sie sollten dem Volk den Willen stärken, sich den abnötigen Unternehmungen, mit denen auch heute noch in verschiedenen Kreisen gelpicht wird (Sachen rechts), mit aller Kraft entgegenzustellen. Es handelt sich dabei um durchaus ernste Umgebungen, durch die die Veranstaltungen des Vereins zur Pflege der Kriegerdenkmäler am Volkstrauertage nicht im geringsten beeinträchtigt wurden. Es lag auch somit für mich keine Veranlassung vor, mich meinen Parteifreunden zu versagen und die Beteiligung ihrer Kundgebung abzulehnen.

Wenn im Ausschluß erklärt wurde, daß dieser Tag ein gemeiner Anlaß war, das ganze Volk in einem gemeinsamen einheitlichen Fühlen und Denken zu vereinen, so trifft das leider nicht auf die politische Zersplittertheit unseres Volkes und der gegenwärtigen Stellungnahme zu den mit dem Weltkriege zusammenhängenden Problemen nicht zu. Denn während der eine Teil seine Kundgebung am Volkstrauertage in dem Gelübnis, die wieder der Krieg ausfinden ließ, marschierte der andere Teil unter den Klängen des Liedes „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ auf. Und

selbst bei kirchlichen Feiern konnten sich evangelische Geistliche nicht verlagern, die Dolchstoßlegende aufzuwärmen.

Schritte wie „Polnischer Wasgeier“ und „Gallischer Hahn“ zu gestalten (Hört! Hört! bei den Soz.), davon zu reden, daß das deutsche Volk durch den heillosen Parlamentarismus sich einen Nichtstag gewährt habe, der dem Youngplan zur Annahme verleihe, und daß die Unfähigen und Stümper, die heute an der Spitze von Staat und Gemeinden ständen, befristet und wirkliche Arbeiter an ihre Stelle gesetzt werden müßten (Sehr richtig! rechts, tube links). Daß derartige Veranstaltungen nicht dem gemeinsamen Fühlen und Denken des Volkes entsprechen, ist klar (Sehr richtig! b. d. Soz.). So daß für mich keine Veranlassung vorlag, durch diese Veranstaltung des Volkstrauertages in meiner persönlichen politischen Betätigung irgend welche Beschränkungen aufzuerlegen.

Ubrigens möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß der Mißbrauch evangelischer Kirchen zu Veranlassungen der Art, wie ich sie vorher erwähnte, und zu ähnlichen Feiern nicht gerade dazu beitragen kann, die Verhandlungen über einen Vertrag zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche zu fördern (Aha! und Hört! rechts). Ich weiß, daß diese Verhandlungen, der Aufgabe der Staatsregierung gemäß, sofort nach Abschluß des Kontrats mit der evangelischen Kirche aufgenommen werden und werden mit allem Eifer und Eifer fortgesetzt, so daß in nicht all zu ferner Zeit die Ergebnisse zu erwarten sind.

Sodann ist auch die

Entfernung von drei Landräten

ihrem Amt in der Provinz Hannover Gegenstand der Diskussion im Ausschluß gewesen. Nachdem auf dem Provinzial-Landtag der Provinz Hannover der Oberpräsident als Vertreter der Staatsregierung ausdrücklich erklärt hat, daß die Entlassung der drei Landräte eine Maßnahme des Provinzial-Schulkollegiums nicht zur gesetzlichen Zuständigkeit des Provinzial-Landtags gehöre und daher weder Gegenstand der Beratung noch der Beschlußfassung sein dürfe, dürften die Landräte als politische Beamte, auch in ihrer Eigenschaft als Provinzial-Landtagsabgeordnete, nicht an der Erörterung und Beschlußfassung dieses Gegenstandes sich beteiligen (Widerspruch rechts). Wenn sie es doch, so war das ein Affront gegen die Staatsregierung und ihren obersten Vertreter in der Provinz, was nicht duldet werden konnte. Die Herren müßten aus ihren Ämtern, denen sie von Amts wegen die Politik der Staatsregierung im Auge wühl, auch dem Kreisstag gegenüber zu vertreten halten, entfernt werden.

In außerpreussischen Ländern wird es mitunter so dargestellt, als ob durch die Aufwendungen aus Reichsmitteln für die Hilfe dem Staate Preußen ein besonderer Dienst zu leisten werde. Zu einer derartigen Argumentation kann man nur sagen, wenn man von der Auffassung ausgeht, daß es ein besonderer Vorzug für Preußen war, als einziges deutsches Land den Friedensvertrag, erhebliche Gebiete und Vermögensgegenstände von über drei Millionen zu verlieren und seine Provinzen, die den unruhigen polnischen Korridor zerteilen zu lassen, zu bewahren (Sehr richtig!).

Die für die Ostprovinz notwendigen Hilfsmittel belasten aber nicht nur das Reich, sondern auch den Reichshaushalt. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Provinz Preußen sich in weitgehender Weise auch finanziell bei den Hilfsmaßnahmen beteiligt hat, das heißt, Verluste erlitten und Aufwendungen gemacht hat, von denen alle Provinzen in Preußen ebenfalls betroffen sind. Preußen hat auch, wie bisher, in weitestgehender Weise seine Fürsorge für die Ostprovinz in weitestgehender Weise übernommen und wird die Durchführung der jetzt in Aussicht stehenden größeren Maßnahmen des Reiches vor allem darauf bedacht sein, daß die Provinz Preußen die Lasten der Durchführung der Maßnahmen zu tragen vermag. Es heißt, daß die Wirtschaft nachhaltig sein muß (Sehr richtig!).

Obwohl es nicht zu erwarten ist, daß unter dem gegenwärtigen Regime auf die östlichen Grenzgebiete in Bayern

jeht hervorgehoben wird, daß auch Bayern eine Ostgrenze hat und an den Reichsaufwendungen zur Hilfe partizipieren müsse. Demgegenüber muß man doch die Frage aufwerfen: Wo sind in Bayern die neuen Grenzziehungen? Wo ist dort die gewalttätige Zerreißung des Staatsgebietes durch einen außerstaatlichen Korridor? Wo sind dort Eisenbahnen, Wegeverbindungen und Wirtschaftsverbindungen an der Grenze gewalttätig zerrissen worden? Die Fragen aufwerfen, heißt, sie für jeden Einsichtigen auch beantworten und läßt erkennen, wie abwegig das bayerische Vorgehen auch in dieser Frage ist.

Man scheint sich überhaupt in gewissen außerpreussischen Ländern allmählich daran gewöhnt zu haben, daß es recht und billig sei, auf Kosten Preußens sich Sonderrechte durch das Reich zuschanzen zu lassen. So hat es kürzlich in den beteiligten Kreisen auch den größten Unwillen ausgelöst, daß bei der Zusammenlegung der Reichsverwaltungsämter von Wiesbaden und Mainz der Sitz des Verwaltungsamtes nicht nach Wiesbaden kommt, das den größeren Teil des gemeinsamen Versorgungsgebietes zu betreffen hatte, sondern nach Mainz gelegt worden ist. Sachliche, im Weisen des Verwaltungsamtes liegende Gründe können dafür nicht ausschlaggebend gewesen sein, denn die sprechen alle für Wiesbaden, sondern auch hier hat man sich wiederum von dem Bestreben leiten lassen, dem Lande Hessen auf Kosten Preußens einen Sondervorteil zu verschaffen (Sehr richtig! bei der Mehrheit). Ich habe mich bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck gegen die Zurückstellung Preußens gewendet, habe aber den Eindruck, daß auch in dieser Frage, wie in ähnlichen, die preußischen feindliche Einstellung in verschiedenen Ämtern des Reiches den Ausschlag gegen Preußen gegeben hat. (Hört! Hört!)

So wichtig es ist, den noleidenden östlichen Grenzbezirken zu helfen, darf aber nicht übersehen werden, daß nach dem durch die konsequente Friedenspolitik der Reichsregierung, die von der preussischen Staatsregierung stets unterstützt worden ist, die Bevölkerung des Rheinlandes demnach von jeder fremden Besatzung befreit wird, auch dort außerordentliche Mittel angewendet werden müssen, um die wirtschaftlichen und sonstigen Schäden, die sich dort zeigen werden, zu heilen. (Lebhafte Zustimmung.)

Eine offene Wunde bleibt nach dem Abzug der Besatzung aus dem Rheinland nach die Saarfrage. Seit Monaten wird verhandelt, um auch diese Frage zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, da die dortige Fremdherrschaft mit der nunmehr erfolgten Regelung der Reparationsfrage, die mit allen Kriegesfolgen aufzuräumen und einen Zustand allgemeiner Befriedigung schaffen soll, nicht im Einklang steht. Ich möchte auch hier erneut hervorheben, daß sich die preussische Staatsregierung mit dem Reich und auch mit allen Kreisen der Saarbevölkerung in der Auffassung einig weiß, daß die Saargruben bedingungslos zurückgegeben und soweit es sich um Staatsgruben handelt, dem preussischen Staat wieder zur freien Verfügung zu stellen sind. Sollte eine frühere Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland und Preußen nur durch Übernahme erheblicher Opfer zu erreichen sein, dann wäre es auch im Interesse der Saarbevölkerung besser, man wartet noch die fünf Jahre ab, nach deren Ablauf eine bedingungslose Rückgabe nach dem Versailleser Vertrag gewährleistet ist. (Sehr richtig.)

Wir ist nicht bekannt, ob die Reichsregierung eine Amnestie anlässlich der Befreiung der Rheinlande beschließen und in welchem Umfang sie erlassen werden soll. Die preussische Regierung wird sich einer solchen Amnestie, soweit sie Vergehen betrifft, die mit dem Besatzungsregime im Zusammenhang stehen, nicht widersetzen. Ich lege aber Wert darauf, auch hier schon zu erklären, daß die von gewissen Kreisen betriebene Einbeziehung der sogenannten Feme-Mörder, die durch Eingeladungen schon eine erhebliche Milderung ihrer Strafe erfahren haben, in eine solche Amnestie mit allem Nachdruck widersprochen werden müßte. Denn die zeigen, zum Teil bestialischen Mordtaten dieser Leute haben mit dem Besatzungsregime im Rheinlande, wie überhaupt mit Außenpolitik nicht das Allgeringste zu tun.

Auch die Frage der Disziplinierung von Beamten, die sich entgegen der Erklärung der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung an dem Hugenbergischen Volksbegehren aktiv beteiligt haben, ist im Ausschluß besprochen worden, auch liegt ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, der die Regierung ersucht, von allen weiteren disziplinarischen Maßnahmen Abstand zu nehmen. Es ist im Ausschluß zur Begründung dieses Antrages hervorgehoben worden, daß das Volksbegehren erledigt ist und sein Mißerfolg gezeigt habe, daß im Volke keine Stimmung für ein derartiges Vorgehen vorhanden sei, und das es jetzt an der Zeit sei, einen Strich unter die ganze Angelegenheit zu machen und von weiteren Verfolgungen der in Frage kommenden Beamten Abstand zu nehmen. Demgegenüber kann ich nur erklären, daß die Dinge leider nicht so liegen, sondern die Herren vom Reichsausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens haben ausdrücklich erklärt, daß dieses Volksbegehren nur der erste Auftakt gewesen sei zu weiteren ähnlichen Aktionen, die sich, wie die Agitation für das Volksbegehren gezeigt hat, nicht so sehr gegen den Young-Plan, der lediglich aus agitatorischen Gründen zum Vorwand genommen war (Wachen rechts), sondern vielmehr gegen das heutige republikanische Regime richtete. (Lebh. Zustimmung bei der Mehrheit.) Es wäre daher eine ganz deplorierte Schwäche, wenn man jetzt von der Disziplinierung der Beamten, die sich aktiv für das Volksbegehren eingesetzt haben, Abstand nehmen wollte. Es werden daher die in die Wege geleiteten Maßnahmen nach Maßgabe der Beschlüsse des Staatsministeriums durchgeführt werden, schon um für die Zukunft vorbeugend zu wirken. (Wärm und Pui-Rufe rechts, lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Hg. Schlusmann (Soz.):

Nicht nur das Ansehen Preußens, sondern auch das Reichsinteresse sei durch die Stabilität der Regierung in Preußen gefördert worden. Die Unterstützung der durch die Arbeitslosen bzw. Ausgesteuerten besonders belasteten Kommunen sei unbedingt nötig. Entweder müsse ein weiterer Abbau der Arbeitslosen-Versicherung unterbleiben, oder die Kommunen müßten einen entsprechenden Zuschuß erhalten. Auch in der Frage der Reichsreform müsse Preußen vorangehen. Die von den Unterparlamenten der Länder gemachten Reformvorschlüsse könnten nicht zu dem erstrebten Ziele führen; es wäre danach möglich, daß die Vielgestaltigkeit der Länder noch vergrößert wird. Viel aussichtsreicher sei eine Stärkung der Reichsgewalt, durch den Anschluß kleinerer Länder an Preußen. Die Verträge zur Befestigung des Rheinlands an Preußen würden auch jetzt zum Scheitern verurteilt sein. Der Redner glaubt nicht, daß das Zentrum auf den Ausgleich Preußens gegenüber der politischen Spannung im Reich verzichten werde. Das Verhältnis in Preußen werde einseitig noch weiter bestehen bleiben, da es für das Reich eine innerliche Notwendigkeit sei. Das Reichsministerium könne selbstständig auf die Mitarbeit Preußens bei Durchführung des Landwirtschapsprogramms, der Saarverhandlungen usw. auf längere Zeit hinaus nicht verzichten. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Grebe (Ztr.). Der Youngplan ist im Reich von den Sozialdemokraten zusammen mit den anderen Parteien, auch mit der Zentrumspartei, angenommen worden, weil alle Parteien dieselbe außenpolitische Linie verfolgen. Es hätte erwartet werden müssen, daß die Sozialdemokratie im Reich auch für die finanzpolitischen Auswirkungen des Youngplans zur Verfügung stände. Würde sie sich jetzt den innerpolitischen Konsequenzen des Youngplans entziehen, so wäre das schon, an sich betrachtet, ein

Verfahren, für das man aus rein staatspolitischen Gründen kein Verständnis aufbringen könnte. Wenn man sich aber die agitatorischen Formen befinde, die in der sozialdemokratischen Presse gegen das Kabinett Brüning seit Wochen bestanden, so wäre allerdings keine Unklarheit darüber bestehen, daß dergleichen für das weitere staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen zum mindesten nicht förderlich sei. (Lebh. Hört! Hört!) Nach der ganzen inneren Struktur des deutschen Staatswesens sei es nicht wohl möglich, jetzt eine Politik im Reichstag ohne jede Rücksichtnahme auf die Regierungsverhältnisse in Preußen zu machen. Dafür griffen die Dinge denn doch viel zu sehr ineinander über. Es wäre schon der Mühe wert, wenn sich die preussische Sozialdemokratie über diese Seite der Sache einmal ernstlich mit ihren Freunden im Reich unterhalten würde.

Ministerpräsident Braun:

Zu den Ausführungen des Herrn Abg. Grebe (Ztr.) über das Verhalten der Sozialdemokratie zum neuen Reichskabinett und seine eventuellen Auswirkungen auf das staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen möchte ich folgendes erklären: Auch ich bedaure, daß die große Koalition im Reich nicht von Bestand gemein ist und daß die Differenzen über die Arbeitslosenversicherung zum Ausschneiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung geführt haben. Zu der Vermutung aber, daß die Sozialdemokratische Partei sich den innerpolitischen Konsequenzen der Annahme des Young-Planes entziehen wollte oder in Zukunft entziehen will, liegt kein begründeter Anlaß vor. Daß Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der innerpolitischen Maßnahmen, die sich aus der Neuregelung der Reparationsfrage ergeben, bestehen und noch täglich neu auftauchen können, liegt in der Natur der Sache. Erwünscht ist es aber, daß diese Meinungsverschiedenheiten beiderseitig rein sachlich und unter Vermeidung persönlich verletzender Unterstellungen und Schärpen ausgetragen werden. Denn jede sich ihrer Verantwortung für das Staatsganze bewußte Partei muß auch in Oppositionsstellung, unbeschadet ihrer sachlichen Stellungnahme, ihr Auftreten, sei es im Parlament oder in der Presse, stets so einrichten, daß immer ein Zusammenarbeiten mit den Parteien, zu denen sie zeitweilig in Opposition steht, möglich bleibt. Daß bei der Verbundenheit von Reichs- und Staatspolitik die Auseinandersetzungen im Reich auch für die preussische Politik nicht gerade förderlich erweisen könnten, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Indes ist die preussische Koalition schon Jahre hindurch bei mehrfach wechselnden Reichskoalitionen in verständnisvoller fruchtbarer Zusammenarbeit von Bestand gewesen, so daß sie auch durch die derzeitige Situation im Reichstage meines Erachtens nicht gefährdet zu werden braucht. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.)

Hans Markwald geht es besser

Kranfurt, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Zustand des sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages Markwald hat sich am Donnerstag weiter gebessert. Unmittelbare Lebensgefahr besteht nicht mehr. Auch seine Frau befindet sich außer Lebensgefahr.

Sachsens neue Regierung

Dresden, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Sachsen hat wieder eine Regierung, und zwar, wie die bürgerlichen Parteien behaupten, ein „unpolitisches Beamtenkabinett“. Da diese Regierung unter der Ministerpräsidentenschaft des bisherigen Präsidenten des Staatsrechnungshofes Schied von den Nationalsozialisten abhängig ist, kann über ihren wahren Charakter von vornherein kein Zweifel sein.

Der neuen Regierung gehören an: Ministerpräsident Schied, der gleichzeitig das Volksbildungsministerium übernimmt, der bisherige Ministerialdirektor im Finanzministerium Gebich als Finanz- und Wirtschaftsminister, der bisherige Minister des Innern und Arbeitsminister Richter und der bisherige Justizminister Mansfeldt. Als man sich über die Personenfrage verständigt hatte, erklärte Schied, daß er das Amt des Ministerpräsidenten annehme.

Unter den obwaltenden Umständen dürfte der Auflösungsantrag der Sozialdemokratie abgelehnt werden, es sei denn, daß die Nationalsozialisten durch die Rechnung der bürgerlichen Parteien entgegen allen Erwartungen noch einen Strich machen.

Dresden, 9. Mai. (Eigener Funfbericht.)

Im Verlauf einer Unterredung des sächsischen Ministerpräsidenten Schied mit dem Nationalsozialisten v. Killinger präsentierte v. Killinger für das Innen- und Arbeitsministerium eine bestimmte Persönlichkeit. Schied hat es abgelehnt, diese Persönlichkeit in die Regierung zu übernehmen. Die Nationalsozialisten behaupten jedoch, daß sie an ihrem Vorschlag festhalten und seine Erfüllung als Voraussetzung für die Bildung der Regierung Schied betrachten. Wenn die Nationalsozialisten dabei bleiben, steht die Auflösung des Landtages immer noch im Bereich der Möglichkeit.

Man will Ausgaben streichen

Die Regierungsparteien beim Reichskanzler Die Deutschnationalen fehlen

Amtlich wird mitgeteilt: Am Donnerstag nachmittag fand unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Fraktionsführerbesprechung der hinter der Regierung stehenden Parteien statt. In dieser Aussprache nahmen die Führer und Haushaltsachverständigen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Demokratischen Partei, der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teil.

In der Besprechung herrschte Einmütigkeit darüber, daß mit allen Kräften versucht werden müsse, im Haushaltsplan Einsparungen zu erzielen und Abstriche vorzunehmen. Ueber die Streichungen politischen und grundsätzlichen Charakters solle vorher eine Einigung erzielt werden.

Die Regierung verspricht ihrerseits, den Entwurf eines Ausgabenentwurfes den gesetzgebenden Körperschaften mit tunlichster Beschleunigung vorzulegen.

Bücherveruche in Spanien?

Madrid, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierung will nach amtlichen Verlautbarungen Buchpläne des Innenministers der Regierung Primo de Rivera auf die Spur gekommen sein. Angeblich sollte der Buch bereits in der Nacht zum Donnerstag durchgeführt werden. Die Führer des Bücherveruchs, waren verhaftet. Vorerst hat sich die Regierung über die angeblichen Absichten, die mit dem Buch verfolgt wurden, noch nicht geäußert. Sie hilft sich überhaupt in der ganzen Affäre in Schweigen.

Madrid, 9. Mai. (Eigener Funfbericht.)

Die in der Nacht zum Donnerstag unter dem Vorwand von Buchabsichten verhafteten zwei spanischen Generale sind noch am Donnerstag wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Irgendwelche Ermittlungen gegen sie wurden weder eingeleitet, noch in Aussicht genommen. Man kann daraus ersehen, was es mit dem angeblichen Buch auf sich hat.

Werd' ständig für unsere Zeitung!

WERTHEIM billige Lebensmittel

Sowohl Vorrat - Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugewandt

Wurstwaren

| | |
|--|---|
| Hallesche Rot- u. Leberwurst Pfund 0.75 | Mettwurst Braunschw. Art Pfund 1.40 |
| Knoblauchwurst (a. Qualität) . . . Pfund 0.95 | Jagdwurst Pfund 1.40 |
| Sülzwurst Pfund 0.95 | 1 a. Holsteiner Zerkelat- und Salami-Dauerwurst . . . Pfund 1.75 |
| Deutscher Rückenspeck (extra stark) Pfund nur 1.05 | Teewurst Rügenwalder Art Pfund 1.80 |
| 1 a. Hausmacher Leberwurst Pfund 1.50, 1.25 | Nuß-Schinken 1 bis 1 1/2 Pfd. schwer Pf. 2.25 |

Wein-Preise einschl. Glas

| | |
|---|--|
| Malaga Tafelwe 1.30 | Tarragona als, kräftig 1.25 |
| Malvasier rot (Griech. Dessertwein) 1.70 | 1929er Bergzabener (süßiger Rhothwein) 0.88 |
| 1928er Nittaler (milder Tischmose) 1.25 | Fruchtschaumwein mit Steuer 1.25 |
| Spezial-Cuvée (feiner Tafelwe) 4.20 | Malbowie aus reinem Traubenwein 0.90 |

Wein vom Faß besonders billig.

Frisches Fleisch

| | |
|---|---|
| Kalbshamm Pfund 0.94 | Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1.05 |
| Kalbsnierenstück Pfund 1.10 | Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.10 u. 1.25 |
| Kalbschnitzel Pfund 2.10 | Schwalbentücken mit Beilage . . . Pfund 1.06 |
| Hammel-vorderfleisch Pfund 1.04 | Schweineschinken Pfund 1.10 |
| Querleiste Pfund 0.84 | Gehacktes Pfund 0.75 |
| Rinderkamm Pfund 0.88 | Lungenfett Pfund 0.75 |
| | Rindergulasch Pfund 0.85 |

| |
|--|
| Tauben Stück 0.60 an |
| Hühner gefroren . . . Pfund 0.95 an |
| Fettenten Pfund 1.10 an |
| Hirschblätter . . . Pfund 1.10 |
| Hühner frisch geschl. Pfund 1.25 an |
| Eier 10 Stück von 0.68 an |

Konserven

| | |
|--|--|
| Leipziger Allerlei 1/2 kg, mittelf. 1.15, 0.90, 0.78 | Pflaumen blau, halbe Frucht 0.78 ganze 0.58 |
| Jg. Erbsen 1/2 kg, mittelf. 0.80-0.60-0.60 | Mirabellen 1/2 kg 0.95 |
| Jg. Schnittbohnen 1/2 kg 0.58 | Sanfgurken 1/2 Kilo-Dose 0.60 |
| Jg. Karotten gesch. 1/2 kg 0.45-0.35 | Erdbeer-Konfitüre 1 a. Qualität, 2 Pfd.-Eimer 1.45 |
| Singapore-Ananas 1/2 Dose 0.95 | Pflaumen-Konfitüre 2 Pfd.-Eimer 1.00 |
| 1 a. Hawaii-Ananas 1/2 kg 1.45 | Orangen-Konfitüre 2 Pfd.-Eimer 1.15 |
| | Vierfrucht-Konfitüre 2 Pfd.-Eimer 0.84 |

Kolonialwaren - Kaffee

| | |
|---|---|
| Vollreis 0.28, 0.24, 0.20 | Kaff. Pflaumen Pfund große, 0.52 |
| Erbsen grün und gelb 0.18 | Süße Mandeln Pfund 1.45 |
| Linsen große 0.32 | Konsum-Mischung Pfund 2.40, 2.00 |
| Maccaroni (Hal. Art) 0.58 | Haushalt-Mischung Pfund 3.20, 2.80 |
| Kaff. Ringäpfel Pfund 0.55, 0.65 | Karlsbader Edel-Mischung Pfund 3.80 |
| Kaff. Aprikosen 1.20, 0.90, 0.78 | Gebr. Korn u. Gerste Pfund 0.17 |
| Mischobst Pfund 0.50, 0.65, 0.48 | |
| Sultaninen Pfund 0.70, 0.45, 0.38 | |

Käse und Fett

| | |
|--|---|
| Ramadou Stück 0.18 | Edamer Pfund 0.98 |
| Camembert Stück 0.18 | halbfett Pfund 0.70 |
| Tilsiter Stück 0.85 | Margarine Pfund 0.50 und 0.58 |
| Dänischer Schweizer 1/2 Fett Pfund 0.88 | Kokosfett 1-Pfund-Tafel 0.50 |
| Harzer Käse Kiste ca. 3 Pfd. Inhalt 0.88 | Schmalz Pfund 0.68 |
| | Moikereibutter Pfund 1.56 |
| | Dänische Butter 1 a. Qualität Pfund 1.76 |

| |
|---|
| Fettbücklinge Pfund 0.28 |
| Geräuch. Schotten Stück 0.25 |
| Seelachs in stücken Pfund 0.42 |
| Flundern Pfund 0.58 |
| Matjesheringe 2 Stück 0.25 |

Achtung! Parteigenossen! Achtung!
Beste Waren Bedarf an
Damen- u. Herren-Bekleidung
Woll-, Lein- und Tisch-Wäsche nur bei
Gen. Hannak, Kreuzburgerstr. 11
Verkauf auch nach auswärtig! Karte genügt!
Parteigenossen u. Gewerksch. 50% Rabatt!

Total-Ausverkauf bei Gefa

Taunusstr. 6. Alles hochwertige Erzeugnisse und so billig, das meiste 50% des bisherigen Wertes. Kleider, Anzüge, Gummimäntel, Herren- und Damenwäsche.

Wäsche sind zu verkaufen, die man sonst nicht zu verkaufen.

Lagerplatz mit Schuppen.

Ein 1,514 ha großer Lagerplatz mit massiven Lager-schuppen auf dem Grundstück Verlängerte Lange Gasse früher Stahlwerk Markt westlich des Cafeter Deiches ist sofort zu vermieten. Der Schuppen ist dreigeschossig und hat eine Grundfläche von 95x21 m. Die Räume eignen sich auch als Werkstatt. Angebote sind an das Magistratsbüro II, Blücherstr. 14 III, Eichbornaal, zu richten.

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Zentralverband der Radfahrer und Helfer sowie Berufsgenossen / Ortsgruppe Breslau

Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr, findet eine

Mitgliederversammlung

im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12-14, (alt)

Tagesordnung:

1. Vortrag von Herrn Oberingenieur Koch
2. Kartellbericht
3. Stellungnahme zum 30. Bestehen der Ortsgruppe
4. Verschiedenes

Werte Kollegen, es ist dringend notwendig, daß jeder dienstfreie Kollege zu dieser wichtigen Versammlung erscheint.

Mit kollegialem Gruß

1870

Die Ortsverwaltung

Zentral-Krankenkasse der Tischler, Hamburg

Zahlstelle Breslau

Sonntag, den 11. Mai, vormittags 10 Uhr

Ordentliche Mitgliederversammlung

im Kassenlokal Meißergasse 10

Tagesordnung:

1. Kassenbericht des 4. Quartals 1929 und 1. Quartals 1930
2. Neuwahl der Ortsverwaltung
3. Stellungnahme zur diesjährigen Generalversammlung in Köln

Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht. Neuaufnahmen von Mitgliedern im Lokal, jeden Sonnabend von 7 bis 9 Uhr.

Die Ortsverwaltung

3. Aufl. Gustav Witzel

Uhren u. Goldwaren
Spezialität 1864
Fugulose Trauringe
Paul Alter Kupferschmiede-straße 17.
Neben Hetschbald.

Billiger Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren

| | |
|--|---|
| Schweinebaud Pfd. Mk. 0.80 | Schulter Pfd. Mk. 0.90 |
| Schweinshaxe Pfd. Mk. 1.00 | Schweinefleisch Pfd. Mk. 1.10-1.30 |
| Halbfleisch ohne Knochen Pfd. von 1.30 an | Halbfleisch ohne Knochen Pfd. Mk. 1.00-1.30 |
| Suppenfleisch Pfd. Mk. 0.80-0.90 | Suppenfleisch Pfd. 1.10 an; Räucherfleisch Pfd. v. 1.20 an |
| Lufschinken Pfd. 0.85 | Frischer Speck Pfd. 0.90 |
| Ger. Backe Pfd. 0.80 | Räucherpeck Pfd. Mk. 0.90 |
| Reiner Schmalz Pfd. Mk. 0.80 | Butter Pfd. v. Mk. 0.80 an |
| Gehackte Elbeine Pfd. Mk. 0.85 | Schmalzköpfe mit Backe Pfd. Mk. 0.50 |
| Zerkelatwurst (weich) Pfd. Mk. 0.25-0.35 | Polnische Zerkelatwurst Pfd. Mk. 0.25-0.40 |
| Braunschweiger Pfd. Mk. 0.25-0.35 | Preßkopf u. Morladella Pfd. Mk. 0.25 |
| Mettwurst Pfd. Mk. 0.25-0.35 | Preßwurst 1/2 Pfd. 0.15-0.25; Leberwurst 0.15-0.25 |
| Bierwurst 1/2 Pfd. Mk. 0.35; Teewurst 1/2 Pfd. Mk. 0.40 | Hilbasse Pfd. 1.00; Gekochter Schinken 1/2 Pfd. 0.45 |
| Rohr Schinken Pfd. Mk. 0.85 | Knoblauchwurst 0.70-0.90; Polnische Pfd. 0.90-1.10 |
| Frühstücksspeck 1/2 Pfd. 0.35; ff. Aufschnitt 1/2 Pfd. 0.40 | Garkuderie Bratwurst Paar von Mk. 0.20 an |

Adolf Weiss Moltkestr. 13
Fernruf 256 69



.. dann macht Einkaufen Vergnügen!

Man läuft nicht mehr in dieses oder jenes Geschäft, sondern orientiert sich vor jedem Einkauf gründlich über die Marktlage durch den Anzeigenteil der Volkswacht. Der Geschäftsmann weiß, daß der Anzeigenteil der „Volkswacht“ die Basis einer gesunden Kundenwerbung ist, daß unser Blatt tausende von Familien zu einem konzentrierten Kaufkreis vereinigt.

Der Käufer erwartet morgen für morgen die Bekanntmachungen über besondere Verkaufsereignisse durch den Anzeigenteil der „Volkswacht“.

Die „Volkswacht“ ist kein Blatt, das man „durchfliegt“, sondern ein Blatt, das man intensiv beachtet.

Christopher Addison:
Praktischer Sozialismus
Übersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von Hermann Kranold, Bielefeld.
Pfd. 0.80
Volkswachtbuchhandlungen
Breslau
Postfach 100, Friedrich-Wilhelm-Str. 11, Platte 4

CITROVANILLE
GEGEN
SCHMERZ
KOPFSCHMERZ
REUMATISCHES
RAISCHMERZ
VORZUG: JAHREZEHNT BEWAHRT
ÜBERRASCHEND SCHNELLE WIRKUNG
OHNE NERVEN- UND HAUTSCHMERZEN
— IN SILBER- UND OBLATENPACKUNG —

Der Wahre Jacob
Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-
Buchhandlungen und bei den
Zeitungsträgern

Preis 30 Pi

Große Mieten-Debatte im Stadtparlament

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion

Entlassung von städtischen Arbeitern - Das Doppelgesicht des Zentrums - Bürgerliche „Arbeiterfreundlichkeit“ - Was Sozialdemokraten der Siedlungs A.G. und dem Magistrat fordern - Freches Benehmen des Stadtrats Fuchs - Er erhält Drönungsruß und richtige Antwort - Sozialdemokratischer Antrag angenommen - Die Deutschnationalen verlassen den Saal

Die gestrige Stadtvorordnetenversammlung stand ganz im Zeichen des Mieterstreiks. Sie war auf sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag einberufen, während sonst in der nächsten Woche Sitzung sein sollte. Drei Stunden in der Verhandlung über diesen Punkt in Anspruch. Genosse Blant übte scharfe Kritik an dem Gebahren der Siedlungs-Gesellschaft und insbesondere des Stadtrats Fuchs. Man hätte zwar mit einer bescheidenen Mieterhöhung bei den bisherigen Wohnungen abgefunden, die ehemals unter günstigeren Bedingungen erstellt wurden, aber die allgemeine Mieterhöhung, teilweise bis zu 30 Prozent, muß Empörung auslösen. Insbesondere aber war es arrogante Art von Stadtrat Fuchs, mit der Mieterorganisation nicht zu verhandeln und die Mieter mit Drohbriefen zu kitzeln, die der Redner gehörig zerschlug. Er forderte, daß Herr Fuchs dieses Benehmen abgeben wird, und erklärte, die sozialdemokratische Fraktion ihren Vertreter aus dem Aufsichtsrat zurück.

Herr Fuchs begann dann auch gleich in seiner Art zu sprechen. Er glaubte, mit Stadtvorordneten genau so verfahren zu können, wie mit den Mietern. Das Ausschneiden des Herrn Fuchs sei noch lange kein so großer Schaden als der Streik, die großen Geister gingen nur immer über eins hinweg, die Entlastung, die sich hierüber erhob, war ungenügend. Minutenlang hatte die Verhandlung, dann aber war Herr Fuchs einigermassen zahm geworden und bemüht, seinen Standpunkt sachlich zu verteidigen. Genosse Stope hielt einmal plötzliche Mieterhöhung ohne Einhalten der für Kündigungen üblichen Frist für rechtsunwirksam. Besonders aber wehrte er sich dagegen, daß die 7000 Neubausmieter die Lasten der Wohnungsverbilligung für Schwerkrankenbesüßte und Kindererzieher tragen sollen. Diese Wohnungsverbilligung habe aus allen Mitteln zu erfolgen. Die Mieterhöhung hätte auch durch Magistratsbeschlüsse erfolgen dürfen und nicht auf das Gutachten eines einzelnen. Nachdem sich der Mietervertreter gegen die Beschlüsse des Zentrums und die Beschlüsse der Stadtvorordneten bemüht hatten, kam der deutschnationale Dr. E. Bujakowski zum Wort. Er habe keinen Anlaß, Herrn Fuchs in Schutz zu nehmen, denn er habe „das ganze System schon immer abgelehnt“. Herr Bujakowski steht bekanntlich auf dem Standpunkt, daß mit jedem Mieterzuschuß freie Bahn für die Ausbreitung der Mieter durch den privaten Hausbesitz und fort mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau überhaupt. Hätten wir keine Siedlungsgesellschaft, dann hätten wir keinen Mieterstreik, in der Siedlungsgesellschaft würden die Mieter alle zufrieden sein mit der Miete, die ihnen ihr Hauspächter diktiert.

Oberbürgermeister Dr. Wagner glaubt zwar, daß dem Zentrumsbeschlüssen das Recht der Mieterhöhung zugesprochen habe, zweckmäßiger wäre es gewesen, den Magistrat vorher zu fragen. Er hätte die Angelegenheit durch einen Unterausschuß untersuchen lassen und Verhandlungen mit den Mietern herbeiführen können. Zurzeit wird verhandelt. Das Richtige ist, wenn die Verwaltung und Mieter zusammenstehen, um bei der Staatsverwaltung zu erreichen, was im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik notwendig ist.

Die Verhandlung endete mit der Annahme der im Bericht veröffentlichten Entscheidung.

Für die Öffentlichkeit wichtig war eine Zentrumsanfrage über die Arbeiterentlassungen in städtischen Betrieben. Genosse Blant sprach allerdings einige Überlegungen darüber aus, wie es gerade das Zentrum die Angelegenheit, das doch mit den übrigen bürgerlichen Parteien zusammen eine Politik verfolgt, die zu den Arbeiterentlassungen führt. Das Zentrum sei doch auch für die Entkommunalisierung der städtischen Werte, wodurch sicher noch mehr Arbeiter entlassen gemacht werden würden.

Vom Oberbürgermeister war zu hören, daß von 200 Arbeitern 208 entlassen und 135 pensioniert worden sind. Bereits sind 200 Neueinstellungen erfolgt, und mit der Eröffnung der Wälder würden wieder 150 Personen eingestellt werden. Zur Beschäftigung von Sommerarbeitern in den Gärten fehlen leider die Mittel. Schließlich versicherte der Oberbürgermeister, daß beim Gaswerk und bei der Straßenbahn weitere Entlassungen geplant sind.

Entlassung städtischer Arbeiter

Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion wurde am 7. d. M. eine Sitzung des Stadtparlaments einberufen, in der die Entlassung von 208 Arbeitern aus den städtischen Betrieben zur Sprache kam. Zunächst begrüßte Stadtrat Fuchs (Ztr.) eine Anfrage an den Magistrat, ob es zutreffend sei, daß demnächst 350 Arbeiter aus den städtischen Betrieben entlassen werden sollen. Die Anfrage, die bei der letzten Versammlung vorgelegt hatte, aber das mal nicht erledigt werden konnte, wurde von Oberbürgermeister Dr. Wagner beantwortet. Er bestätigte, daß von den 208 Beschäftigten zählenden Besatzung 208 Arbeiter entlassen werden sollen, und außerdem wird in Kürze für den Wälder die Entlassung weiterer 150 Arbeiterkräfte erforderlich sein. Zahl der Saisonarbeiter bei der Gartenverwaltung wird nicht auf dem bisher üblichen Stande gehalten werden, da bei der Erfüllung der Breslauer Finanzgebahrung der Gartenverwaltung vom preussischen Finanzminister beauftragt wurde, trotz des Hinweises, daß in Breslau mit seiner Umgebung verhältnismäßig wenig Anlagen für ausgedehnte Freizeitsportanlagen gesorgt werden müßte. Bei Gaswerk und Straßenbahn besteht keine Aussicht, Entlassungen vorzunehmen, denn die Stadt weiß ja selbst, daß ihr auf diese Art entlassene Arbeiterkräfte wieder in irgend einer Form zur Last kommen. Bei den Kohlenbetrieben und dem Elektrizitätswerken

seien die Entlassungen nicht zu umgehen gewesen, weil durch die Anleiheperre keine Möglichkeit vorhanden gewesen sei, die Mittel für ausreichende Beschäftigung zu beschaffen.

Agitationsmädchen der Bürgerlichen

Stadtv. Blant (Soz.) führte zu dieser Frage aus, daß es recht komisch anmutete, daß ausgerechnet seitens des Zentrums die Anfrage gestellt werde, dessen bürgerliche Einstellung ja dazu beitragen dürfte, die Umwandlung der städtischen Betriebe in Aktiengesellschaften zu ermöglichen. Es wird interessant sein, wie sich die christlichen Gewerkschaften, die plötzlich so besorgt um die Arbeiter tun, zu dieser Frage stellen werden, die heute als der einzig rettende Engel hingestellt wird. Nachdem sich auch die Diskontsätze im Ausland senken haben, dürfte ja erwartet werden können, daß die Millionen der waterländisch eingestellten Kapitalisten, die ins Ausland geschoben wurden, wieder zurückkommen. Auch bei dem Minister und dem Regierungspräsidenten hätte sich der Magistrat möglicherweise energischer einsetzen können. Wie bekannt geworden ist, sind Lohnabzüge vorgenommen worden, für die keinerlei gewerkschaftliche Vereinbarungen bestehen. Auch bei der Ruhelohnbegrenzung ist verabschiedlich recht kleinlich vorgegangen worden. (Zuruf des Stadtv. Stope (Soz.): Das sind die wohlverordneten Rechte!) Die Betriebswerke könnten bei Versorgungsanlagen etwas entgegenkommender sein, dann dürfte sich noch manche Arbeit schaffen lassen.

Stadtv. Bujakowski (Dnat.) wußte als Arbeitervertreter nichts Besseres zu tun, als dem Stadtv. Blant zu unterstellen, er habe erklärt, daß er gewünscht hätte, wenn vom Zentrum überhaup-

nicht erst eine solche Anfrage gestellt worden wäre. Da es auch noch den Arbeiterdeputierten, der zufällig ein Sozialdemokrat ist, als den Uebelthäter hinstellen wollte, der sich nach Meinung des sozialdemokratischen Redners nicht energisch genug beim Regierungspräsidenten eingeklagt habe, nahm Stadtv. Blant (Soz.) nochmals das Wort und verwahrte sich

gegen die Demagogie des deutschnationalen Stadtv. Bujakowski, der sehr wohl wisse, daß nicht der Arbeiterdeputierte, sondern der in seiner Mehrheit bürgerliche Magistrat über die Haltung in solchen Fragen entscheidet. Stadtv. Halpaap (Sp.) wünschte, daß die Betriebswerke keine Installationsarbeiten ausführen und Stadtv. Guhr (Komm.) begründete einen Antrag, der verlangt, daß Entlassungen nicht mehr vorgenommen werden dürfen, die ausgeprochenen Entlassungen rückgängig gemacht werden sollen und der Siedentag bei vollem Wohnausgleich eingeführt wird.

Während die beiden ersten Punkte des Antrages angenommen wurden, lehnte die Versammlung den letzten Teil mit 41 gegen 37 Stimmen ab. Dafür stimmten nur die vollständig anwesenden Sozialdemokraten und Kommunisten. Die anderen Ausgewerkschaftsvertreter von dem deutschnationalen Bujakowski über die zentralistischen Herren Rabus, Hübler bis zu der demokratischen Gewerkschaftsführerin Krause stimmten in der Einheitsfront mit den Unternehmern gegen den Antrag und besonders zum Zentrum hagelte es Zurufe: „Warum habt ihr nun eigentlich eine Anfrage an den Magistrat gerichtet?“

Die Anfrage des Genossen Krumm

Im Mittelpunkt der Versammlung stand die dreistündige Debatte über die Mieterhöhungen der Siedlungsgesellschaft, wegen der auch die sozialdemokratische Fraktion mit dem bereits vor einigen Tagen veröffentlichten Antrag die Einberufung des Stadtparlaments erwungen hat. Stadtvorordneter Krumm, der nach seiner schweren Erkrankung wieder zum ersten Male an der Sitzung teilnahm, legte in recht eindeutiger Weise den Standpunkt der Sozialdemokraten dar. Obwohl das Parlament beschlossen hat, eine Erhöhung nicht vorzunehmen, sind Erhöhungen bis zu 40 Prozent erfolgt. Man hat mit 10 Prozent erst gar nicht angefangen. Wenn man in den maßgebenden Kreisen die Fühlung mit den breiten Bevölkerungsschichten nicht ganz verloren hätte, könnte man sich vielleicht ein Bild machen, welche Empörung durch diese Maßnahmen ausgelöst worden ist und auch werden mußte. Die Siedlungsgesellschaft verschänzte sich hinter den Verfügungen, obwohl man es sonst nicht eilig hat, Verfügungen die entsprechende Beachtung zu schenken. Sehr umstritten ist auch die Grundmiete von 7 Mark pro Quadratmeter; denn die Jahrbücher des städtischen Amtes weisen andere Zahlen nach. Recht eindringlich wandte sich Genosse Krumm besonders

gegen die Unterstellungen der Siedlungsgesellschaft,

die in den Briefen zum Ausdruck gebracht worden sind. Zu diesen Unterstellungen von „Böswilligkeit“ und „Verletzung durch unverantwortliche Elemente (Zurufe: „Unverschämtheit!“) muß einmal betont werden, daß es nicht wahr ist, daß die Mieter ihre Mieten selbst bestimmen wollen, aber es ist auch nicht wahr, daß Tausende auf Wohnungen mit solchen Mieten warten. Statt mit den Mietern zu verhandeln und eine Verständigung anzustreben,

schreibt Herr Stadtrat Fuchs in einem Schreiben an den Neumieterführerverband, daß Raum für Verhandlungen mit dieser Organisation kaum gegeben sein könnte (Zuruf des Stadtv. Tilk: „Eine Empfehlung für die Privatierung der Betriebswerke“). Man scheint nicht zu wissen, daß die Bewohner in den Siedlungen neben der Miete auch die laufende Ausgabe für Straßenbahnfahrten bestreiten müssen und vertraglich verpflichtet sind, die Gärten in Ordnung zu halten, die ihnen fast allgemein in einem an Schutthaufen es inneren Zustand übergeben wurden. Die Siedlungsgesellschaft ist kein Wohlfahrtsamt, aber die 7000 Mieter sind auch nicht dazu verpflichtet, die Kosten aufzubringen, um den weiteren Wohnungsbau zu ermöglichen. 12 Millionen Mark von den Hauszinsfahrgeldern in Breslau sind allein in die Taschen der Hausbesitzer geflossen.

Solche Dinge kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen,

deshalb wünscht sie auch, daß eingehend über diese Dinge gesprochen wird. Sie verlangt Aufklärung, ob es gebilligt wird, daß Stadtrat Fuchs Briefe in der angegebenen Tonart verfaßt. Vor allem erachtet die sozialdemokratische Fraktion aber den Oberbürgermeister dringend, dem Stadtrat Fuchs ein anderes Benehmen zu übertragen. Sie kann es auch nicht verantworten, unter diesen Umständen noch länger im Aufsichtsrat der Siedlungs-Gesellschaft vertreten zu sein, und hat deshalb beschlossen, daß ihr Beauftragter das Mandat niederlegt. Stadtvorordneter Krumm, der diese Funktion bisher versehen hat, erklärte zum Schluß, daß er dieser Aufforderung nachkommen und sein Mandat niederlegen wird.

und die provozierende Antwort des Stadtrats Fuchs

Stadtrat Dr. Fuchs beantwortete die sozialdemokratische Anfrage und erlaubte sich schon bei den ersten Sätzen ganz unerbörte Provokationen und Unverschämtheiten, so daß es zu einem minutenlangen Entrüstungsturm auf der Linken kam. In einer Polikar aufgeplustert, wie man sie von Napoleonbildern kennt, erklärte er zunächst dem Sinne nach, daß die Siedlungsgesellschaft weiter nichts verliert, wenn auch der Stadtvorordnete Krumm aus dem Aufsichtsrat austritt. Unter Berufung darauf, daß die Wohnungsbauverwaltung sehr wohl den Artikel 155 der Reichsverfassung kenne, meinte er, daß darin leider nur ein kleiner Mangel enthalten sei, weil nicht gesagt werde, woher das Geld zur Erfüllung dieses Artfals genommen werden solle, aber kleine Geister setzen sich über solche Dinge mit einer großen Größe hinweg. (Bei dieser Bemerkung kam es zu einem Entrüstungs-

sturm. In der Empörung über diese herausfordernde freche Bemerkung, die sich in Zurufen „Rauschmeißer“ Luft machte, wurde die Rüge des Stadtvorordnetenvorsetzers Bandmann, die er dem Stadtrat erteilt, leider nicht von allen gehört. Zu hören war nur noch der Hinweis, daß er bei dieser Verhandlungsart für einen geregelten Fortgang der Sitzung nicht garantieren könne. Es dürfte wohl das erste Mal hier vorgekommen sein, daß ein Magistratsmitglied vom Vorsteher gerügt werden mußte.) Die von der Siedlungsgesellschaft schon wiederholt vorgebrachten Einwendungen trug Stadtrat Fuchs hierauf wieder vor, wobei er es beinahe noch als eine anerkennende Wohltätigkeit der Siedlungs-Gesellschaft hinstellte, daß sie nicht schon im Januar oder Februar die Erhöhung durchgeführt habe.

und was die Andern sagen

Stadtv. Stope (Soz.) erörterte eingehend die Finanzierungsfragen. Stadtrat Fuchs hat es bisher abgelehnt, in Berlin vorstellig zu werden, um Sonderhypothesen zu erlangen, wie sie in den angelegenen Richtlinien vorgesehen sind. Wenn man sich heute darauf beruft, daß die weitere Bautätigkeit von dieser Mietspreisbildung abhängt, dann muß einmal gefragt werden, welche Mieten erforderlich sein werden, wenn in zehn Jahren noch immer gebaut und auf alle Mieter umgelegt werden soll. Die Taktik diene dazu, um auch die Altbaumieterhöhung durchzuführen. Der Redner ging dann noch auf die rechtliche Seite der Erhöhung ein und stellte fest, daß niemand im Magistrat gewußt habe, wer eigentlich diese ungeheure Mieterhöhung verfaßt hat.

Es gleiche beinahe einer Diktatur

nach dem Muster des Artikels 48, wenn einem einzigen Menschen ein derartiges Verfügungsrecht eingeräumt wird. Es habe schon früher Arbeitgeber gegeben, die nicht an einen Streik glauben wollten, bis ihnen die Arbeiter auf die Bude rückten. Hoffentlich zieht man daraus schnellstens die Konsequenzen.

Stadtv. Rogam (Mietler) erklärte, daß verfaßt werde, einen


Reiz in die Mieterchaft zu treiben, indem man bei gerichtlichem Austrag mit unorganisierten Mietern drei Monatsmieten als Streitwert festsetzen läßt, während man es bei organisierten nicht unter einem Streitwert in Höhe einer Jahresmiete macht.

Eine Rede, in der zu dem Verhalten der Siedlungsgesellschaft nicht ein Wort der Kritik gesagt wurde, hielt der Stadtv. Seipolt (Ztr.). Eine besondere Methode blieb dem Biermann-Kollegium der Kommunisten vorbehalten.

Stadtv. Jylla plägte zunächst eine poetische Ader, indem er die Anknüpfung des Stadtv. Krumm im Aufsichtsrat der Siedlungs-Gesellschaft unter dem Gelächter des Hauses mit dem Sage aus Schillers „Wilhelm Tell“ verglich: „Es rast der See und will sein Opfer haben.“ Statt gegen die Mieterhöhung zu sprechen, entlarvte er, wieder einmal die Doppelrolle der Sozialdemokraten: „Krumm gehe nur, damit seinen Ministergenossen die Ministerstühle erhalten bleiben. Obwohl er nur zur Tribüne gewendet seine „Anfragen“ gegen die SPD vom Stapel ließ und der Vorsteher ihn darauf hinwies, daß der Magistrat nicht viel höre, wurden doch auf der Part besuchten Tribüne Rufe laut, daß das keine Mieterrede sei.

Stadtv. Bujakowski (Dnat.) betrachtete diese ernste Angelegenheit nur mit einer gewissen Schadenfreude und ließ in einem Wohnungsparagrafen das Schlimmste was es für ihn geben kann. Er hält das ganze System für falsch. Für Stadtv. Halpaap (Dt. Sp.) ist als guter Bürgermann auch hier die Ruhe die erste Bürgerpflicht.

Der Oberbürgermeister hat das Wort. Oberbürgermeister Dr. Wagner rügte mit einer Erklärung vom Verhalten des Stadtrats Dr. Fuchs ganz herzlich ab. Es wäre richtig gewesen, wenn sich der Magistrat mit diesen Dingen beschäftigt hätte. Zunächst muß eine Verständigung



Blondes Haar:
PIXAVON
als Shampoo

Beutel 30 g

Freidenker!

Freitag, 9. Mai, 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: Bericht von der Generalversammlung in Berlin
Erfolgswahlen / Verschiedenes

Deutscher Freidenker-Verband C. V., Ortsgruppe Breslau
bisher Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.

Arbeitsgericht

Überstunden beim Konkursverwalter Cohn

Dieser Tage erschien auf dem Arbeitsgericht als Kläger der Inhabhaber des feineren Ausbaus des Lebens in der hiesigen Konkurrenzverwaltung Cohn, der von Cohns Abwesenheitspfleger die Bezahlung von Überstunden einlegte. Cohn selbst nach Bekanntwerden des Selbstmordes die Staatsanwaltschaft der Cohnschen Konkurrenzverwaltung anmahnte, um die Überstunden zu bezahlen, für deren Bezahlung aber einfach niemand zuständig sein wollte. Der Nachlasspfleger lehnte die Forderung einfach ab und verwies den Kläger an die Staatsanwaltschaft. Auch das Arbeitsgericht stellte sich anfangs auf den Standpunkt, daß die Erben des Konkursverwalters Cohn nicht noch zur Bezahlung von Überstunden herangezogen werden könnten, die eigentlich nur dazu beitragen sollten, gegen Cohn verurteilt zu werden. Dieser Gesichtspunkt wurde natürlich abgewiejen; denn die Arbeiten wurden eigentlich im Interesse Cohns geleistet. Der Abwesenheitspfleger hatte die Arbeitsleistung nicht angeordnet, weil die Staatsanwaltschaft darauf drängte, sondern wollte, wie der Kläger angibt, die Dinge in Ordnung bringen.

Diese veränderte Sachlage brachte auch das Arbeitsgericht zu einer anderen Auffassung. Unter diesen Umständen hielt er den Nachlasspfleger für den Beklagten. Da die Klage aber persönlich gegen den Abwesenheitspfleger gerichtet war und demnach aus juristischen Gründen abgewiesen werden mußte, empfahl das Gericht dem Kläger die Zurücknahme der Klage und empfahl ihm, sich bei seiner neuen Klage gegen den Nachlasspfleger auf die Akten dieser Verhandlung zu berufen, damit nicht erneut Zuständigkeitsstreitigkeiten entstehen.

Unter recht eigenartigen Umständen

Der bei der Ein- und Verkaufsgenossenschaft Breslauer Kolonialwarenhandlung beschäftigte Stellmeister Fritz Los entlassen worden. Er mußte einen ihm angegebenen Bediensteten einstellen, was zur Folge hatte, daß dieser entlassen wurde. Nun kam die Frau des Entlassenen und beschuldigte den Stellmeister großer Verfehlungen, wonach auch er kurzerhand flog, ohne daß die Direktion etwas nachgeprüft hätte, inwieweit nicht nachjucht der Frau des zuerst Entlassenen eine Rolle spielte. Die Firma brachte in ihrem Kündigungsschreiben aber auch zum Ausdruck, daß sie neben der fristlosen Entlassung auch „vorjorglich“ die fristlose Kündigung ausspricht, für den Fall, daß die Gründe zur fristlosen Entlassung als nicht ausreichend erachtet werden sollten. Der Betriebsrat beschuldigte sich unangemessen mit der fristlosen Entlassung, weil dem Entlassenen keine Gelegenheit gegeben wurde, die Beschuldigungen zu entkräften, nicht aber mit der fristgemäßen Kündigung, da der Entlassene hiergegen keinen Einspruch einlegte. Inzwischen verklagte der Betriebsrat die Frau. Da sie einen Beweis für ihre Beschuldigungen nicht zu erbringen vermochte, wurde sie wegen Beleidigung in zwei Instanzen verurteilt. Damit war der Beweis geführt, daß ein Grund zur fristlosen Entlassung nicht vorzuliegen hat. Da die Firma aber trotzdem eine WiederEinstellung ablehnte, wurde nun das Arbeitsgericht angerufen. Angesichts der Beweisführung erklärte sich die Firma hier bereit, dem Kläger das Gehalt bis zum Ablauf des fristgemäßen Kündigungsstermins zu zahlen. Bei der Verhandlung, in der unbillige Härte geltend gemacht wurde, stellte sich nun heraus, daß die vorjorglich fristlose Kündigung meher von dem Kläger noch von der Betriebsverwaltung beachtet worden war. Dadurch waren natürlich die Einspruchsfristen verjährt. Der Vertreter der Firma bezeichnete diese zweifache Kündigung selbst als eine „Finesse“. Die Frage der unbilligen Härte bei fristgemäßer Kündigung erfordere keine Entscheidung mehr, weil ja die gesetzlichen Voraussetzungen zur Klage verjährt waren. Nach längerer außergerichtlicher Verhandlung erklärte sich die Firma aber angesichts der unmoralischen Sachlage bei ihrer Finesse nun doch bereit, dem Kläger 800 Mark zu zahlen.

Vermischtes

Abgebrochene Goldsuche

Die Schatzgräber von Jaandam (Holland) habe ihre Goldsuche offenbar wegen Geldmangels eingestellt. Am Mittwoch heilte als trauernde Hinterbliebene nur die Hellscherin „Gräfin Epitola“ an der Grabstelle...

Der Handhafte Gatte

Herr und Frau Quantisch stehen vor einem Hutgeschäft. Damnhüte im Schaufenster. Einer schöner als der andere. Einer teurer als der andere. Welcher gefällt dir denn am besten? jagt Frau Quantisch. „Der, den du auf dem Kopfe hast“, jagt Quantisch und zieht seine Gattin fort...

Wasserstand

| | | | | |
|----------------------|------|------|------|------|
| Wasserstand | 8.5 | 9.5 | 8.5 | 9.5 |
| Wasser (Stabi) | 1.04 | 1.54 | 3.10 | 3.04 |
| Wasser (Unt.-Vegel) | 0.14 | 0.14 | 2.25 | 2.27 |
| Wasser (Mitt.-Vegel) | 2.16 | 1.98 | 1.51 | 1.53 |
| Wasser (Ob.-Vegel) | 2.70 | 2.85 | 1.52 | |
| Wasser (Tiefen) | 1.37 | 1.29 | | |

Arbeiter-Sport

Fußball-Serienpiele am 11. Mai

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)
Männer-A-Klasse:
9,20: 1. Abteilung — Moßberg; Platz der 1. Abt.; Trupple.
9,20: 4. Abteilung — West; Platz der 1. Abt.; Reicher.
9,20: 5. Abteilung — 3.d.V.; Platz der 7. Abteilung; Sängler.
9,20: 7. Abteilung — Gaudau; Platz der 7. Abteilung; Ständer.
11,00: 1. Abteilung — West; Platz 1. Abteilung; Reicher.
11,00: 4. Abteilung — 3.d.V.; Platz 1. Abteilung; Reicher.
11,00: 5. Abteilung — Gaudau; Platz 7. Abteilung; Reicher.
11,00: 7. Abteilung — Moßberg; Platz 7. Abteilung; Reicher.
1. Abteilung und 7. Abteilung bauen je zwei Plätze. West und 4. Frauen-Abteilung je einen Platz.

Männer-B-Klasse:
8,30: Moßberg — 1. Abteilung; Platz der 1. Abt.; Gniejer.
8,30: 5. Abteilung II — West; Platz der 1. Abteilung; Jung.
8,30: 5. Abteilung III — 3.d.V.; Platz der 7. Abt.; Rindler.
8,30: 7. Abteilung II — Gaudau; Platz der 7. Abt.; Günther.
10,10: 1. Abteilung — West; Platz der 1. Abt.; Gaudau.
10,10: 5. Abt. II — 3.d.V.; Platz der 1. Abt.; Reicher.
10,10: 5. Abt. III — Gaudau; Platz der 7. Abt.; Reicher.
10,10: 7. Abteilung II — 7. Abt. III; Platz 7. Abt.; Berndt.

Jugendklasse:
8,30: 5. Abteilung — 7. Abteilung II; Westplatz; Reicher.
10,00: 7. Abteilung I — Moßberg; Westplatz; Ständer.

Altersmannschaften:
9,20: 7. Abteilung I — 3.d.V.; Westplatz; Reicher.
11,00: 1. Abteilung I — 3.d.V.; Westplatz; Reicher.
11,00: 5. Abt. — 7. Abteilung II; Platz der 4. Frauenabt.; Teiche.

Sportlerinnen-Mannschaften:
8,30: 3.d.V. — 5. Abt.; Platz 4. Frauenabt.; Reicher.
9,20: 4. Abteilung I — 1. Abteilung; Platz der 4. Frauenabt.; Reicher.
10,10: 4. Abteilung II — 7. Abteilung; Platz der 4. Frauenabt.; Reicher.

Fußball-Serienpiele für den 11. Mai

Die erste Halbserie geht dem Ende entgegen. Am letzten Sonntag werden die Vereine ihr Bestes hergeben müssen, um ihre Stellung zu halten oder um einige Punkte zu verbessern.

Sportfreunde I — Union II auf der Zankholzwiese. Auf eigenem Platz kann man Sportfreunde einen Sieg nicht absprechen, doch wird sich Union zu wehren verstehen.

Blau-Weiß I — B.F. II am Schlachthof. Beide Mannschaften sind gleichwertig. Spielbeginn 10,30 Uhr Spartaplatz.

Wohlan I — Rapid I in Wohlan. Die Aaleblätter werden bei diesem Spiel nicht einen so leichten Gegner, wie am Vorsonntag, finden. Spielbeginn schon um 14 Uhr.

1928 — Strehlen in Gaudau. Trotz eigenem Platz wird 1928 eine Niederlage entgegennehmen müssen, wenn Strehlen mit voller Mannschaft den Kampf aufnimmt.

Wader 1 — B.F. II im Nebelpark. Die beständigere Form Wader wird wohl über den Gegner einen Sieg erringen.

Roberrich I — 3.d.V. I in Roberrich. Es ist mit einem Siege der Roberricher zu rechnen.

Bernstadt I — Dels I in Bernstadt. Trotzdem Bernstadt auf eigenem Platz spielt, ist eine Borausfrage schwer.

Trebnitz I — Freiheit I in Trebnitz. Einen neuen Sieg wie am Vorsonntag zu erringen, steht Freiheit offen. Es kann aber auch umgekehrt eintreten.

B.F. I — B.F. I, Protetipiel auf dem Spartaplatz am Schlachthof. Beide werden ihr Bestes hergeben müssen, um den Anschluß nicht zu verlieren.

Die Spiele steigen um 16 Uhr, wenn nicht besondere Zeiten angegeben sind. Jugends-, Schüler- und Gewerkschaftsspiele vervollständigen einen reichhaltigen Spielfonntag.

Fußball-Gewerkschaftsspiele am 11. Mai

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)
10,00: Hundsfeld 1. Jgd. — Sturm 1. Jgd.; Hundsfeld; Markhoff.
10,00: Adler 1. Jgd. — Freiheit 1. Jgd.; Schwoiß; Kelle.
9,00: Sturm 2. Jgd. — B.S.C. 2. Jgd.; Mariaböhen; Lukas.
14,00: Union 3. Jgd. — Einigkeit 2. Jgd.; Deutsch-Lissa; Verein.
15,00: Union 2. Jgd. — Sil.-Riders 2. Jgd.; Deutsch-Lissa; Gramer.
16,00: Union 1. Jgd. — Einigkeit 1. Jgd.; Deutsch-Lissa; Gramer.
16,00: Sparta 2. Jgd. — Südost 2. Jgd.; Schlachthof; Verein.
14,00: B.F. 4. Bes. — Derta 4. Bes.; Gaudau; Streibel R.
9,00: Fr. Sportfreunde II — Union II; Zankholzwiese; Reicher.
9,00: Fr. Sportfreunde III — 1928 III; Zankholzwiese; Reicher R.
10,30: Sportfr. Schüler — Falke Schüler; Zankholzwiese; Verein.
10,00: Vorwärts I — Vorwärts I; Stadion; Kulla.
15,00: Tasmania II — B.F. II; Ostschin; Ritter (Süd).
14,00: Tasmania I. Jgd. — B.F. I. Jgd.; Ostschin; Ritter (Süd).
16,30: Südost I — Sil.-Riders I; Klettendorf; Kündel.
16,00: Rapid II — Krakslawia II; Gaudau; Reicher.
9,30: Union IV — Einigkeit IV; Deutsch-Lissa; Ranke.
10,00: Sturm III — B.S.C. III; Mariaböhen; Kündel.
11,00: Falke II — Sturm II; Neufritz; Künster.
14,00: Adler II — 1921 II; Schwoiß; Simon.

Sonnabend, den 10. Mai:
17,30: Union I — Falke I; Deutsch-Lissa; Reicher.
Berichtungs. Das Spiel Blau-Weiß I — B.F. II Reicht nachmittags um 10 Uhr auf dem Spartaplatz am Schlachthof. — Wladis-

lamia 1. Jgd. — Falke 1. Jgd. leitet für Kulla Genosse Köster (Süd) um 10 Uhr, Blüwiesle.

Aniporteln der Freien Turnerschaft

Folgende Beteiligung ist bei der ersten Leichtathletischen Bahnveranstaltung der Freien Turnerschaft im Nebelpark zu verzeichnen: 1. Mannschafts-Dreikampf: Schüler drei Mannschaften; Schülerinnen neun Mannschaften; Jugend zwölf Mannschaften; Sportlerinnen sechs Mannschaften; Männer und Altersportler neun Mannschaften. 2. Stafetten Olympische (Jugend) drei Mannschaften; 3 mal 1000 Meter (Männer) fünf Mannschaften; dreimal eine Runde (Sportlerinnen) sieben Mannschaften; 5 mal 60 Meter Pendel (Schüler) drei Mannschaften; 5 mal 60 Meter (Schülerinnen) neun Mannschaften.

Verbereanstellung 12. Mai der 3. Frauen- und Mädchen-Abteilung Viktoriastraße, Blücherstraße. Beginn 19 Uhr.

Aniporteln am 11. Mai nachmittags im Nebelpark. Eintrittsgeld wird zu dieser Veranstaltung nicht erhoben.
5. Männer-Abteilung. Erste Handballmannschaft 13 Uhr. Halle am Eichenpark, betätigen uns vor dem Spiel als Kampfrichter.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität

Sau 8

Wir wollen Sport! Schafft uns Sportgeräte, laßt für Turnhallen, damit wir überall und zu jeder Zeit unseren Sport ausüben können! So rief man vor Jahren.

Inzwischen hat sich viel geändert, die Zeiten sind anders geworden und auch uns stehen heute Turnhallen zur Verfügung. Neben dem Fahrrad, das als ideales Sportgerät anzusehen ist, haben wir Sportgeräte, mit denen wir alle möglichen Sportarten betreiben können. Alles dieses ist vorhanden, nur der Sport wird immer noch viel zu wenig betrieben.

Jugendgenossen! Dieses kann und darf nicht so weitergehen! Dieses Sportmaterial, das Werte darstellt, ist für Euch geschaffen. Dringt darauf, daß man es Euch zur Verfügung stellt. Treibt Sport, werdet tüchtige Radfahrer! Habt Ihr schon die großen Radportwettkämpfe wie Bund und Gau und Gau gesehen?

Im nächsten Jahre zu Wittenberg werdet Ihr Gastenheit haben. Die besten aus den vier Gauen, 7, 8, 9 und 10, bei dem Gauwettbewerb in Breslau zu sehen.

Eine der schönsten Sportarten und für die Jugend wie geschaffen, ist das Radballspiel. Bei diesen Spielen wird nicht nur der Körper gestärkt, nein, auch der Geist betrieht. Sport.

In wenigen Wochen bietet sich wieder Gelegenheit bei dem Bundesfest in Dresden die Leistungen und Fortschritte in allen Radportarten zu bewundern. Darum Bundesgenossen, wenn es Euch die Verhältnisse erlauben, laßt Euch das Bundesfest in Dresden nicht entgehen!

Auch an den Verbereanstellungen, die vom Bundes-Sportauschuss angeordnet werden und bei denen es darauf ankommt durch Mäßen agitatorisch zu wirken, muß die Beteiligung eine recht rege sein! Auch hier ist es wieder die Jugend, die in den Vordergrund treten muß.

Am 11. Mai findet die diesjährige erste Verbereanstellung statt. Die Bezirke treffen sich in: Bezirk 1: Trebnitz; Bezirk 2: Galle; Bezirk 3: Reicher; Bezirk 4: Schönbrunn; Bezirk 5: Diersdorf; Bezirk 6: Langenheidersdorf; Bezirk 7: Frankenberg; Bezirk 8: Selterhausen; Bezirk 9: Zoben; Bezirk 10: Reu-Rauendorf; Bezirk 11: Ebersdorf; Bezirk 12: Sadija; Bezirk 13: Warden; Bezirk 14: Reichenhain.

Da dieses Jahr wieder kanonische Meisterschaften im Straßen-, Bahn- und Saalrad im Bezirk und Gau ausgetragen werden, hat auch die Jugend Gelegenheit, sich an diesen Wettbewerben zu beteiligen.
Richard Brühl, Gau-Sportleiter.

Sonntag Bezirksfahrrad nach Trebnitz. Die Ortsgruppen treffen um 10 Uhr vor Trebnitz ein und warten bis von einem Trebnitzer Sportgenossen zur Einfahrt abgeholt werden. Der Aufmarsch erfolgt in vier Staffeln.

Ortsgruppe Breslau. Bezirksfahrrad Sonntag, den 11. Mai. Start um 8 Uhr Ring (Parkplatz). Die Jugendabteilung nimmt daran teil. Start 8 Uhr. Heim West, Königsplatz, Heim Nord, Bauhofplatz, Heim Süd: Gaudau, Gaudaustraße, Ede Hubenstraße.

Kraftfahrer Gau 8, Bezirk 1. Zu dem am Sonntag, dem 11. Mai in Trebnitz stattfindenden Bezirksfesten ist der Treffpunkt früh 9 Uhr im Jägerhof (nicht Schützenhof) an der Obernigter Chaussee. Die Kraftfahrer der umliegenden Ortsgruppen treffen sich mit der Breslauer Abteilung früh 8 Uhr am Ring, Parkplatz.

Brodau-Schwarz. Am 9. Mai, 19,15 Uhr: Versammlung bei Taube. 11. Mai: Bezirksfahrrad nach Trebnitz. Treffpunkt bei Taube 6,30 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Hüttenfestion. Hüttenfest am 10. bis 11. Mai: Kertin — Stupin. Wer das „Breslauer Haus“ Sonnabends besucht, muß bis 23 Uhr im Hause sein. Späterkommende werden nur in Sonderfällen eingelassen.

Bezirksgruppe Oberdresd. 11. Mai: Wanderung auf Umwegen nach dem Schloß Spreewald. Treffpunkt 6 Uhr Jimpler Straße, Ede Grimmstraße. — 12. Mai, 20 Uhr: Führerführung im Gewerkschaftshaus. Alles erscheint pünktlich.

Athletik

Arbeiter-Athletenbund Deutschlands, 1. Kreis, 1. Bezirk. 10. Mai, 19 Uhr, bei Reicher, Burgstraße: Erweiterte Bezirksvorstandssitzung.

Arbeiter-Samariter-Bund

Kolonie Breslau. Deisfahrer der Jugend, 6,15 Uhr Weihenburger Platz. Für Bahnfahrer ab Nikolaitor- und Dertor-Bahnhof sind Wagen bestellt.

Arbeiter-Kulturvereine

Arbeiter-Opern-Gruppe, 11. Mai, 10,45 Uhr. Singsitzung des Rundfunk-Senders. Treffpunkt am Eingang.



In den ersten 10 Jahren
nur die milde, reine, nach ärztlicher Vorschrift für die zarte Haut der Kleinen besonders hergestellte
NIVEA KINDERSEIFE
Schonend dringt ihr zarten weichen Schaum in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde, kräftige Hautatmung. Und was das bedeutet, merken wir Erwachsenen an uns selbst: Wohlbehagen und Gesundheit hängen von ihr ab.



Sonnengebräunte, gesunde Haut
erhalten Sie, wenn Sie Ihren Körper vor Luft- und Sonnenbädern mit
NIVEA-CREME
einreiben. — auch bei bedecktem Hirnsaal, denn auch Wind und Luft bräunen den Körper. Aber machen muss Ihr Körper sein bei direkter Sonnenbestrahlung. Und gut mit Nivea-Creme vorher einreiben! Das vermindert die Gefahr des schmerzhaften Sonnenbrandes. Dank des nur ihr eigenen Gehaltes an Boreerit dringt Nivea-Creme leicht in die Haut ein und erst die eingedrungene Creme kann ihre wohltuende Wirkung voll zur Geltung bringen.
Nivea-Creme auch bei bedecktem Hirnsaal.
Packungen von 25 bis 100 Gramm.

Sammlen-Anzeigen

Gesamtverband der Arbeitnehmer.
Am Mittwoch, 7. Mai, verstarb unser Kollege,
der **Gasarbeiter** 1897

Paul Hauke
im Alter von 30 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.
Einsegnung: Dienstag, 13. Mai, nachmittags
3 Uhr, im Krematorium Gräbchen.

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter
Am Dienstag, 6. Mai, verstarb plötzlich unser
langjähriges Mitglied, der **Arbeiter** 1893

Paul Tschech

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, 10. Mai, nachm. 1/4 Uhr,
von der Halle 2, Tor 6, Oswitzer Friedhof.

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei * Tee-Import
Waren-Verkauf-Haus u. Weingroßhdlg.
Breslau 1, Albrechtstraße 36

Seit 35 Jahren führendes Haus für Fein-
kost u. Lebensmittel des täglichen Bedarfs
in Bezug auf Qualität u. Preiswürdigkeit

- Sie einige Beispiele:
- Zirka 15000 Kilo-Dosen**
junge Bohnen
zartfleischig
die Kilo-Dose . . . nur **0.48**
 - 1a Apfelmus**
blütenweiß, tafelfertig, 1/2-Kilo-Dose **0.50**

Abteilung
Buch- und Fleischwaren

- Hausmacher-Leberwurst**
mit Fettsäuren . . . je Pfd. **0.82**
 - Guts-Prezwurst**
(Sonder-Spezialität) je Pfd. **0.82**
 - Berliner Mettwurst**
(Nebelasse) 1/2 Pfd. **0.35** je Pfd. **1.28**
 - Mettwurst, in Ringen**, sehr delikater
Geschmack, 1/2 Pfd. **0.36**,
in ganzen Ringen . . . je Pfd. **1.38**
 - 1a gefähter Schinken**, sehr delikat
1/2 Pfd. **0.55**
 - Gemischter Aufschnitt**, prima prima,
1/2 Pfd. **0.55**
- garantiert deutscher Rindfleisch**
blütenweiße, frische Ware, frisch aus dem
Ranch . . . je Pfd. **0.94**
- Stückfleisch**, zirka 1 1/2 bis 3 Pfund
schwer . . . je Pfd. **0.92**
im ganzen Stück das Pfd. **0.90**

Nochmals Preisabschlag auf meine
1a Meierei-Zafelbutter

beste frische Kernware,
das Pfd. heute nur **1.48**

- 1a Schweizer Käse**, großgelocht, delikater
aromatischer Geschmack, 1/2 Pfd. **0.35**
1/2 Pfd. **0.68**, 1 Pfd. **1.34**,
5 Pfd. **6.60**, 10 Pfd. **13.-**
- 1a Emmentaler Käse**, festig, mild und zart
je Pfd. **0.70**, in der ganzen Angel
ca. 3 1/2 Pfd. **0.68**

Abteilung Weinkellerei.
Mai-Bohle

anerkannt würzig, saftig u. frisch, Geschmack
1/2 5 10 25 50 Flaschen
0.85 4.15 8.10 19.75 38.50 exkl. Glas
und die wunderschönen Moste, Rhein-,
Walsp- u. Weine an ganz sabelhaft
billigen Preisen.

Verlangen Sie meine Sonder-Verkaufs-
liste über Weine!

Sonntag, den 11. Mai 1930:
Stutttag!

Alle vielen herrlichen Zierkäse
und die wunderbarsten
praktischen Gebäckmittel
zu kleinen und in Aufmachung,
die auf die besten
Mittel sind.
Verkauf und Versand nur
Breslau 1, Albrechtstraße 36
Tel. Nr. 2111 u. 2112, Sprechzeiten
10-12 u. 1-3

Wasch-

- Waschmusselkleider** mit kurzem Arm,
in sehr schönen, modernen,
hellen u. mittelgründig. Mustern,
darunter auch große Weiten. St. **6.90, 9.95**
- Waschmusseln-Frauenkleider** in soliden,
gedeckten Farben u. Mustern, auch bis Gr. 52, St. **8.90**
- Waschkunstseidene Frauenkleider** in den
schönsten modernen Farbtönen, mit
Glocken- oder Faltenrock bis Größe 52
Stück **19.90, 14.90, 12.90**
- Waschkunstseiden Backfischkleider**
in hübschen, hellen, kleidsamen Mustern,
sehr schöne Glockenvorarbeiten, m. kurz.
Ärm. Stück **7.50, 6.50**
- Elegante Frauenkleider** pr. reinwollene
Musselin, reinseidene Japon, oder bedruckte Kunstseide,
Crépe marocaine, in wundervollen neuen
Farben u. Mustern, St. **29.00, 27.00**



Jugendliches
**Waschkunst-
Seidenkleid**
mit Glockenturm, in
schönen hell-
farb. Mustern **7.50**

**Backfisch-
Mantel**
englischer, gemust.
Stoffs, guter Sitz
und saubere, mo-
derne Verar-
beitung . . . **9.50**

Vornehmes
**Wollmusselin-
Frauenkleid**
mit Faltenrock, in
milder, u. gedeckt.
Farben-
stellungen **24.50**

Kleider

- Backfischmäntel** a. englischerart gemust.
Frühjahrsstoffe, z. T.
Sattel- u. halbes Futter, St. **14.50, 12.50**
- Frauenmäntel**
aus hübschen herrenstoff-
artigen, imprägn. Qualit.
schöne, gefällige Rückengarn. St. **19.90**
- Damenmäntel** u. gestreift, Stellen, mod.
Knopi- u. Faltenverarb., ganz auf Kunst-
seidenstoffe gefüttert. St. **29.00, 24.90**
- Frauenmäntel** schwarz und marineblau,
aus pr. reinwoll. Char-
meleine, Rips usw., halb u. ganz auf Kunst-
seidenstoffe gefüttert. St. **39.00, 33.00**
- Prakt. Strapazierstücke** a. halbar, gedeckt,
Noppenstoff, 2.75
in großen Frauenweiten, bis
Größe 52 . . . Stück **3.95**
- Reinwoll. Backfischstücke** marineblau und
schw. Cheviot
z. T. auch Popeline, plissiert oder glatte
Verarbeitung . . . durchweg Stück **4.90**

Kinder-Bekleidung



**Waschkunstseiden-
Glockenkleid**
pa. Qualität, reizend,
Muster, mit einfarb.
Blendengarnier, für
5-14 Jahr., f. 5 J. **3.25**
Steigerung 50 Pf.

**Waschkunstseiden-
Kleid**
sehr schön gemust.,
mit einfarb. Gar-
nierung, für 5 bis
14 Jahre, f. 5 Jahr. **2.95**
Steigerung 50 Pf.

- Kleinkind-Waschkleidchen**
u. gestr. Leinen, Bengaline u. Woll-
musselin, in den schönst. Farb., für
1-4 J., für 1 Jahr **4.50, 3.45, 2.95**
- Kleinkinder-Kleidchen** Waschkunst-
seide, gut. Qualit., viel reiz. Must.,
für 1-4 Jahre, durchweg Stück **1.95**
- Mädch.- u. Knab.-Spielhöschen**
einfarbig u. gestreift, Indanthren-
Stoffe mit bunter Paspelier, für
1-4 J., für 1 Jahr **2.45, 1.95, 1.25**
- Waschstoff-Schulkleider** einfarb.
Indanthrenstoff, m. bunt. Garnier, für
5-14 Jahre, für 5 Jahre . . . **2.75**
(Steigerung 30 Pf.)
- Mädchen-Taschen u. Knab.-
Taschen** schöne, reizende
Kunstseide, Indanthren-
stoffe mit Pulloverschnitt, für 5
bis 13 Jahr., f. 5 Jahr. St. **3.50**
(Steigerung 30 Pf.)
- Mädch.-Frühjahrmäntel** aus
imprägn. Covercoat, u. Trenn-
coat, mod. Farb. m. Rückengarn.
f. 4-14 J., f. 4 J. St. **4.50**

- Blau Knaben Waschhosen**
aus Satin m. Leibchen od. Sport-
form, für 2-9 J., für 2 Jahre
(Steigerung 20 Pf.) **95 Pf.**
- Knaben Matrosenblusen** blau-
gestr., Kadett- od. weiß Knaben-
Satin, m. Kielegarnitur u. Knot.
für 3-9 Jahre, für 3 Jahr. St.
(Steigerung 50 Pf.) **2.95**
- Knaben Windjacken** a. imprägn.
Zeltbahn-
u. Covercoatstoff, z. T. Sportform,
für 3-14 Jahre, f. 3 J. St. **6.90**
(Steigerung 50 Pf.) **3.95**
- Knaben-Seepl.-Hosen** aus fest,
strapa-
zierb. Velveteon, imprägn., braun
od. Oliv, m. Paspelier u. Klappe,
für 2-14 Jahre, für 2 J. Paar
(Steigerung 25 Pf.) **2.95**
- Knab.-Ärmel- u. Ärmel-Ärmel-
anzug**, a. einfarb. Bengaline- u. Trikolone-
stoff, f. 2-4 J., f. 2 Jahre **4.75, 3.95**
- Knab.-Frühjahrmäntel** a. gut.
Kammgarnst., teils a. Füll u.
Rundg., für 2-14 Jahre,
für 2 Jahre **9.75, 7.50**



**Knaben-
Sportanzüge**
feste engl. Stoffe,
offene und geschl.
Schullasson, für 2
bis 14 Jahre, für
2 Jahre **9.75, 6.95**
3.50

**Knaben-
Matrosenanzug**
kräft., blau-weiß ge-
streift, Kadett mit
Orig.-Kielegarn., f.
2-9 Jahr., f. 2 Jahr.
3.95
Steigerung 50 Pf.



(Abbildung 1)

- Große, fesche Glocke**
(w. Abb. 1), a. fein. Gellecht,
hell mit dunkelblau. Kante
und Bandgarnierung. **4.50**
- Fescher Laubhut** aus glatt,
Gellecht, mit glatter Band-
und Strohgarnierung . . . **5.90**
- Große, aparte Glocke**
aus feinem Hanfgeflecht,
hellfarb., m. dunklem Rand,
Band- u. Schnallengarnitur **6.50**



- Sehr aparte Glocke** (wie
Abb. 2)
aus Hanfgeflecht, m. seitlich.
Falte u. flott. Bandgarnitur,
in vielen feinen Farben. **5.50**
- Groß-Kleiderhut** elegantes
Fantasie-
geflecht, m. Crenol-Ansatz,
mit fescher Bandgarnierung,
helle und dunkle Farben. **8.75**
- Großer, sehr aparter Kleiderhut**
aus durchbrochen. Gellecht,
mit feiner Laub- und Atlas-
bandgarnitur, in schönen,
hellen Farben. **8.75**



(Abbildung 2)

Bestbewährt seit
Jahren **Adamynin** bei Gallensteinen, Leberleiden etc.
in allen Apotheken erhältlich.
Carl Adamy, Blücherpl. 3
9723 (Mohren-Apotheke).

Kaufen Sie bei
Cheimowitz!

Der Name bürgt für gute
Qualität und billige Preise!
Aus eigener Anfertigung, Billigkeit!
daher von unübertroffener

- Moderne Herren-Anzüge**
gute Qualitäten, in den neuesten Mustern,
beste Verarbeitung . . . **34.-, 30.-, 24.- 16.50**
 - 1 Porten Modell-Anzüge**
streng moderne Muster, Ersatz für Maß,
zum Aussuchen . . . **48.-, 42.-, 36.- 32.-**
 - Sport-Anzüge**
dauerhafte Stoffe . . . **36.-, 30.-, 26.- 21.-**
 - Meine Schläger** 1872
 - Der gediegene Maßanzug**
„reines Kammgarn“, in vielen Farben, auf
Kamelhaut verarbeitet, Garantie für ladel-
losen Sitz . . . **70.-, 64.- 58.-**
 - Trench-Coat**
blau und mode . . . nur **18.50**
 - Windjacken** . . . **5.25, Kaickerbocker . . 4.95**
 - Breecheshosen** . . . **3.25**
- Bei Einkauf von RM 10.-
erhalten Sie Ihr eigenes Bild gratis!
- Tuch- u. Maßgeschäfte**
Cheimowitz
aus Teichstraße 27, ptr., Kein Laden.

Fotodrucker
2177 u. 2178
Gediegene und zweckmäßige
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswert in kürzester Lieferzeit

Druckerei
VOLKSWACHT
BRESLAU 2 - Fürststraße Nr. 4/6

Uhren
Gold- u. Silberwaren
kaufen Sie
bei der in weiten Kreisen als reell
und preiswert bekannten Firma 1861

Richard Kempe
Uhrmacher und Juwelier
Gartenstraße 62 Tel. 54716
Reparaturen in eigener Werkstatt
preiswert unter Garantie.

Betten Dedbetten
15, 18, 25 Wt.
Rissen 5, 8, 7.50 Wt., tote
Inletts verkauft 1895

Zugere erzielen in
dieser Zeitung
den größten Erfolg

Wohnhaus Delsnerstr. 12, 1.

Proletarierfrauen
kaufen Sie die Broschüre von der
Genossin Luise Otto

Vorbeugen nicht
abstreifen
Sie finden darin mehr als in die-
selbigen, gelehrten neuen Büchern.
Die Schrift ist ein Ausdrucksender

Ratgeber für Eheleute.
am 10. Mai
wieder eingetroffen Preis 80 Pf.
Auswärts gegen Vorkauf von 90 Pf.
an die

Volkswacht-Buchhandlung
Division III, Neue Graupenstraße Nr. 5

Auktion
Verlängerung b, 12. Mai
Leibhaus
O. Hickmann
Matthiasstraße 113, 1865

Fabelhaft
billige
**Damen-
Seidenschürzen-
Mäntel**
aus Herrenstoffen, aparte
Wasser, zum Teil gang auf
Futter 24.-, 20.-, 15.-,
11.50 Markt. Trenncoats,
mode und marine, fabelhaft
billig. 1873

Wäschenmäntel
aus Reiten gearbeitet, weit
unter Wert. Bei Einkauf von
10.- Markt erhalten Sie Ihr
eigenes Bild gratis.

G. Cheimowitz
Rur Teichstraße 27, part.
Kein Laden.

Zurückgekehrt
Dr. L. Boss
Ohren, Nase, Hals
Friedrich-Wilhelm-Str. 61

Dr. Pincsohn
Frauenarzt
zurück

Ich suche für Handwerker,
Landhausbesitzer, vom Selbst-
geber
600 - 1000 RM.
gute Zinsen, auf ein Jahr aus-
geliehen, t. a. Hypothek einzu-
setzen. Grundst. u. befristet.
Spesen werden bezahlt. An-
gebote b. a. G. Buchen-
Lagerstraße 6

**Sommer-
Sprossen**
auch in den herkömmlichen
Fällen, werden in eleganten
Lagen unter Garantie
das echte ungeschädliche
Verdauungsmittel, können
Stärke B befreitig. Keine
Schädl. Dr. Wt. 2.75.
Gegen **Wald, Müller** Stärke-
Kaffee- u. Apotheken, Altona

Bottbezüge 3.- Bettdecken 1.50
Duvetten 3.- Fülldecken
Sonnenstr. 30. 1873

Kleine Anzeigen
And komplett gelehrte
politische Angelegenheiten
kaufen Kaufleute u.
aus den Büchern
3 Wägen 1.50 u. 2.00

Chailons gut erhalten
verfüglich für 20 Pf. 1873
Bismarckstr. 6, 2. Etage

Rinderfahrzeub. 10. u. 1. 1873

Drloff

Der zweite Dokumentenfälscherprozess in Berlin-Moabit Der Staatsrat aus der politischen Unterwelt — Knickerbocker greift ein

Vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin begann Donnerstag unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten die Berufungsverhandlung in der Dokumentenfälscher-Dezision. Der amerikanische Journalist Knickerbocker, der Drloff gefälschte Dokumente über den Senator Grab angeboten worden waren, hatte durch eine Anzeige an das Berliner Polizeipräsidium die Angelegenheit ins Rollen gebracht.

Wladimir Drloff ist eine der interessantesten und zugleich würdevollsten Erscheinungen in der politischen Unterwelt. Zur zaristischen Zeit war er hoher russischer Verwaltungsrichter und zeichnete sich durch eine feinsinnige Subtilität gegen die russischen Revolutionäre aus, die er zum Teil mit sehr skrupellosen Mitteln und Anwendung physischer Gewalt zu Beständen presste. Als russische Revolution ausbrach und nach der Kerenski-Revolution die Bolschewiki ans Ruder kamen, fehlte sie einen Preis den Kopf des verhafteten Richters, dem es aber gelang, in der Minute nach Polen zu entkommen. Von hier aus ließ er sich mit einem falschen Paß versehen in die Höhle des Löwen und erreichte es, von den Sowjets als Beamter in die russische Hauptstadt zu werden. In dieser Position sammelte er eifrig Material gegen die Bolschewiki, um es später im Ausland nutzbringend verwenden zu können. Als die Tscheka ihm auf die Spur kam, ging er wiederum unter höchst romantischen Umständen fünf Minuten vor zwölf dem sicheren Tode.

In der ersten Verhandlung gegen Drloff und seinen Kumpan Peter Pawlonowski war Drloff wegen fortgesetzter schwerer Verbrechen und verurteilten Betruges in einem Fall zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt worden, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt galt. Das war ein Kompromiß, da die kriminelle Seite der Sache unklar und undurchsichtig war. Jetzt stand allerdings, daß sich Drloff, nachdem ihm das in Rußland erhaltene echte Material vorgelegt war, auf den Verkauf gefälschter Dokumente eingelassen hatte. Ferner galt als erwiesen, daß das gefälschte Verhör-Dokument, das Drloff durch Knickerbocker zum Verhängnis geworden war, eine plumpe Fälschung war, von der der ehemalige Staatsrat gewußt hatte.

Zur Berufsungsverhandlung hat die Verteidigung, vertreten durch die Rechtsanwälte Jaffé und Menz, die Ladung einer großen Zahl neuer Zeugen beantragt und das Gericht unter anderem die Zeugen Zeinert in Rußland wegen Spionage zum Tode verurteilt. Zeinert, ein Student Knickerbockers, der später begnadigt nach Verbüßung von vier Jahren Gefängnis nach Deutschland entlassen wurde, als Sachverständiger über russische Terrorverbrechen zu hören. Der Antrag wird jedoch abgelehnt. Der Verlauf der Verhandlung gestaltet sich sehr mühselig, da der Angeklagte Pawlonowski kein Deutsch versteht, so daß ihm Dolmetscher alle Fragen übersetzen muß.

Wladimir Drloff, der raffinierte Meisterfälscher, Dampf in allen trüben Sachen der politischen Intrige, seit der ersten Verhandlung distinguiertester, feinsten und digner geworden. Der etwas nach vorn gebürstete melierte Bart, die dunklen Augen mit der harten überstehenden Nase und das taftende Greifen der schmalen langen Hände auf Tischplatte geben den scharfen Zügen des Staatsrats etwas Verändertes, Bekanntes — der Mann hat sich glänzend in der Welt bewegt. Jede Geste ist überlegt, jeder Satz von fast mathematischer

Berechnung. Wenn er die Rolle schildert, die seine Komplizen bei den dunklen Fälschergeschäften gespielt haben, so zuckt ein leicht malitioses, fast verächtliches Lächeln um seine gepreßten Lippen. Sonst aber ist er gemessen, sachlich und mäßig temperiert. Nur wenn er über seine Rolle vor und nach der russischen Revolution spricht, und seinem Haß gegen die Bolschewiki freien Lauf läßt, wird der würdevolle Staatsrat pathetisch — die dunklen Augen schiessen jähe Blitze, die schmalen Finger ballen sich zur Faust, die Stimme schwillt deklamatorisch an. Was hier Berechnung und was echter Ausbruch der Leidenschaft ist, läßt sich schwer unterscheiden. Drloff ist ein Versteckspieler von nicht alltäglicher Begabung — und wenn alle Stricke reißen, greift er sogar zur Treuhandschere! Eine Tünche, die ihm allerdings so wenig liegt, daß die Physiognomie des Staatsrats dann einen fast Tomistischen Schimmer erhält.

Peter Pawlonowski, der zaristische Offizier gewesen sein will, ist eine weit weniger komplizierte Natur. Er hat zwar auch seinen gutgeährten Haß gegen alles Sowjetische und macht aus seiner grimmigen antibolschewistischen Einstellung keinen Hehl. Das schmale Gesicht mit den trüben verschwommenen Augen, in denen manchmal ein Zug von asiatischer Graujamkeit aufleuchtet, verrät Energie und rücksichtslose Tatkraft, die knochigen Hände, die etwas von einer Schlinge haben, sind ein ideales Instrument des vulgären Spießels, für viele Missionen verwendbar und doch immer nur per distance zu genießen. Auch er ist ein Hochstapler von nicht geringfügigem Format. Sein Meisterstück war das Zurückbleiben des verurteilten Kontarrevolutionärs in das bolschewistische Rußland und die Erlangung einer Beamtenstelle in der Tscheka. Hier hat er, genau so gewandt wie Drloff, Material gesammelt und es nachher, soweit es ihm angebracht schien, ungeschickt.

Landgerichtspräsident Linde, der mit scharfer Energie die Verhandlung leitet, ist ein höchst skeptischer Mensch und den beiden Angeklagten durchaus gemächlich. Wenn Pawlonowski mit schlechtgepieltem naiven Lächeln seine Harmlosigkeit beteuert, so gibt ihm der Vorsitzende mit einem ungläubigen: „Na, wissen Sie, und das sollen wir Ihnen glauben!“ zu verstehen, daß schauspielerische Talente nicht allein zum Erweisen der Anschuldigung genügen. Worauf der Kunde höchst misgütig mit dem Handknöchel auf den Tisch klopfte, die trüben Augen vorwurfsvoll über den Richterisch gehen läßt und schließlich mit einem resignierten Achselzucken für wenige Minuten das Spiel aufgibt.

Für die humorvolle Note in diesem Fälscherprozess sorgen die beiden Dolmetscher, die sich als Rivalen fühlen und ihre Turniere höchst ungeniert vor der versammelten Gerichtlichkeit austragen. Der eine, ein aufgeregter, sehr temperamentvoller, sehr energischer Herr, mit geradezu jüdischen Gesen, will den Kollegen, einen bleichen, stillen und müde resignierenden Mann in jeder Weise aus dem Feld schlagen und verdolmetscht die Aussagen Pawlonowskis mit einem so schillernden Redefluß, daß der Vorsitzende ein mahnendes Häuptchen nicht unterdrücken kann. Worauf der temperamentvolle Dolmetscher sehr erstaunt innehält, sich wie erwachend übers Haar fährt und sich mit einigen unverständlich bleibenden Worten entschuldigt. Manches dürfte in diesem Prozess noch unverständlich bleiben.

Abchied von einem Biermagnaten

Ein Stimmungsbild zum Thema Prohibition

Ein Kleinkind des großen amerikanischen Experiments, ein Bootlegger-König und Bierbaron im wahren Sinne des Wortes, zieht sich in das „wohlverdiente“ und mit Rosen gepflanzte Privatleben zurück. Was geschieht?

Ein angeesehenes Mitglied des Bundeskongresses bringt sein tiefgefühltes Bedauern zum Ausdruck, eine Anzahl nationaler Politiker schließt sich der allgemeinen Ergebenheitsversicherungen an, und ein Bürgermeister nimmt mit einer Legion von staatlichen und städtischen Beamten an einem Festessen teil, das zu Ehren des großen Mannes in einem der führenden New Yorker Hotels gegeben wird. Unter den Bankettgästen sieht man führende Politiker, Polizeichefs und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens von Nord Jersey, dem Gebiete, das jahrelang der legendären, wenn auch illegalen Tätigkeit des Mannes, den sie so groß feiern, ausgesetzt war. Alle Parteigränzen sind eingerissen, Republikaner sitzen neben Demokraten, hängen sich in freudvoller Stimmung über die reichlich gefüllte Hüftflische streichen. Das fürstliche Bankett dauert vom Sonnabend bis Montag vormittag.

Alkohol ist so reichlich vorhanden, daß die trankfesten Gäste trotz aller Anstrengung nicht mit den offen herumstehenden Mengen fertig werden können. Als das Fest an seinem Höhepunkt angelangt ist, richtet sich der Alkoholmagnat, zu einer Ansprache aufgefordert, in seiner ganzen Größe hoch auf und erklärt, zumischen von einem allzu kurzen Alkoholküßler unterbrochen, den zeitweilig zuhörenden Gästen: „Ich bin ein Alkoholschmuggler, kein Redner.“ Die Gäste sind aufrecht enttäuscht und verschaffen ihrer Unzufriedenheit über die mangelnden Rednergaben des Geachteten lärmenden Ausdruck. Worauf sich auf einen Wink des Altmächtigen ein ebemaliger hoher Bundesstaatsminister von seinem Stuhle erhebt und auf den zurück im Sessel zurückgelehnten Bierkönig ein Liedchen anstimmt. Die allgemeine Begeisterung reißt den Redner mit sich fort. Er bezeichnet den Geachteten als einen Pianier unserer modernen Tage, setzt aber gewichtig hinzu, daß „dieser Mann der Regierung und der Nation gegenüber immer ehrlich und anständig gehandelt hat“. Noch vor zehn Jahren war der so gefeierte Biermagnat, dessen wohlbekanntester Name nichts zur Sache tut, ein Maurer, der sich mehr als recht durchs amerikanische Leben schlug. Heute — heute besitzt er ein Vermögen von 6 Millionen Dollar, außerdem einen fürstlichen Palast und vier herrliche Automobile.

Das alles klingt wie ein gigantischer aufgezogener Wit. Aber nein — das Festessen, die Gäste, die Reden, alles das ist ernsthaft, echt und würdevoll gemacht. Die Angelegenheit hat für die Anwesenden durchaus nicht den Beigeschmack der Groteske. Sie sind eben schon so verlogen, daß sie es gar nicht merken, wie verlogen sie sind. In ihren Augen ist der Biermagnat durchaus kein Gesichtsloser, und kein Mann, der, wie es das amerikanische Geles ja eigentlich vorschreibt, auf Jahrzehnte hinaus ins Zuchthaus gehört. Nein, was der Mann den Leuten bedeutet, ist ganz einfach Organisation, Business, Kapital, alles das, was in Amerika am höchsten gilt. Das Bankett und die Ehrungen sind als die Verneuerung der weniger erfolgreichen Vor der Macht zu deuten, die ihnen in dem einzelnen Biermagnaten und Alkoholschmuggler würdig verkörpert zu sein scheint. Die gigantische Fuglichkeit des Bierbarons ist der groteske Tribut der amerikanischen Politik und der amerikanischen Gesellschaft an eine große Landesindustrie, eine nationale Institution und einen ihrer Führer. Das ist die Prohibition in Amerika.

Weitere 13 Jahre Zuchthaus für einen Lebenslänglichen

Das Schwurgericht in Stettin verurteilte gestern den Installateur Willi Heiwedel, der im Mai 1928 auf der Berliner Chaussee den Versicherungsbeamten Wutto aus Stettin niedergeschossen haben soll, sowie einen Ueberfall auf einen Bankbeamten ausgeführt hatte, wegen der ersten Straftat zu zwölf Jahren Zuchthaus und wegen des Ueberfalles zu drei Jahren Gefängnis. Beide Strafen wurden auf dreizehn Jahre Zuchthaus zusammengezogen. Ferner wurde auf Abberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Heiwedel ist bereits zu lebenslänglichem Zuchthaus wegen Erziehung eines Schupo-Beamten in Berlin verurteilt. Er hatte in der Verhandlung zwar den Ueberfall auf den Bankbeamten zugegeben, jedoch die Erziehung des Versicherungsbeamten bestritten, doch sah das Gericht seine Schuld für erwiesen an.

Amerikanische Gefängniszustände

Die Gärung unter den Gefangenen des Staatsgefängnisses Columbus in Ohio, die sich seit dem großen Brand in verschiedenen Zwischenfällen Luft gemacht hat, scheint sich noch immer nicht beruhigt zu haben. Gestern gingen plötzlich 50 Armeegewaltige, die als provisorische Unterkunft für einen Teil der Gefangenen dienen, in Flammen auf. Die Gefängnisleitung sah von allen Lösversuchen ab, da sie ihrer Ansicht nach eine Massenflucht erleichtert hätten.

Die Vorsichtsmaßnahmen, die seit der letzten Revolte angeordnet sind, haben gestern zwei Opfer gefordert. Zwei auf dem Gefängnishof schlafende Straflinge wurden durch das Losgehen eines in der Nähe auf dem Dach der Gefängniskapelle befindlichen Maschinengewehres getötet.

Die Hitzewelle in den Vereinigten Staaten

Die ungewöhnliche Hitze dauert fort. Das Thermometer zeigt in New York eine Temperatur von 31 Grad Celsius. Zahlreiche Personen sind an Hitzschlag erkrankt; vier Fälle von Hitzschlag sind tödlich verlaufen. Andere Städte im Osten melden noch höhere Temperaturen, so Boston 33,9 Grad und Philadelphia 34,6 Grad Celsius.

Hexenprozess 1930

Eine 60jährige Witwe aus einem Dorf bei Boulogne ist von ihren Dorfnachbarn beschuldigt worden, das Vieh der Dorfbewohner zu haben. Nachdem eine maßgebende Zigeunerin diesen Über glauben bestätigt hatte, wäre die Frau von der Volksmenge gefoltert worden, wenn sie nicht im letzten Augenblick von der Polizei gerettet worden wäre. Die Hexenfolger haben sich nun vor Gericht zu verantworten.

Deutscher Rennfahrer tödlich verunglückt

Am ersten Tage des Trainings für die am kommenden Sonntag stattfindenden Automobilrennen auf der Straße Ringstal-Jilchsch bei Prag ereignete sich gestern ein Unfall. Der reichsdeutsche Rennfahrer Hermann N. Jähner, der vorjährigen Weltmeister, stürzte beim Training mit seinem Motorrad (BMW) so unglücklich, daß er einen Beckenbruch, einen Bruch des linken Oberarmes und schwere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte hat sich in das Krankenhaus seiner Heimatstadt begeben, ohne das er sich wiedererlangen zu haben.

Gefährlicher Scheckbetrüger festgenommen

Der von zahlreichen Polizeibehörden gesuchte angebliche fiktive Franz-Josef Friedrich wurde gestern morgen in einem Hotel in Magdeburg durch die Kriminalpolizei festgenommen. Friedrich hat viele Kraftdroschkenbesitzer und Kassen in Berlin, Augsburg, Nürnberg, Hof, Frankfurt a. M., Chemnitz, Leipzig und Magdeburg dadurch geschädigt, daß er Schecks in Zahlung gab, deren Höhe sich zwischen 100 und 600 Mark bewegte. Die Schecks lauteten auf die Augsburgische Filiale einer Berliner Großbank.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

Der Kassenbote der Düsseldorf-Regierungshauptkasse wurde auf dem Wege zur Reichsbank in der Eiskellerstraße von einem Mann überfallen und mit einem harten Gegenstand in den Kopf geschlagen. Der Täter raubte ihm seine Aktentasche, in der sich 8000 Mark befanden. Er entkam unerkannt in einem Taxibus, das in der Nähe wartete und in dem noch zwei Männer saßen. Die Nummer des Autos wurde zwar von Zeugen aufgeschrieben, doch nimmt man an, daß sie gefälscht ist.

Totend auf der Landstraße aufgefunden

Zwei Motorradfahrer sind gestern Abend auf der Landstraße bei Merich und Tich bei Jülich schwer verletzt aufgefunden worden. Beide sind im Laufe der Nacht im Jülicher Krankenhaus gestorben. Wie das Unglück entstand, steht noch nicht fest.

Starek auf Kautionssuche

Willy Starek's Haftentlassung steht infolgedessen auf Schwierigkeiten, als er die verlangten 50.000 Mark Kaution bisher nicht bringen konnte. In Begleitung eines Kriminalbeamten suchte Starek am Mittwoch eine Reihe von ehemaligen Freunden auf, um die Summe zu leihen. Da die Geldsuche vergeblich war, wurde er ins Untersuchungsgefängnis zurückgeführt. Am Donnerstag wird das Gericht über die Haftbeschwerden von Max und Leo Starek entscheiden.

Der Rittergutsbesitzer als Raubbold

Die Strafkammer des Landgerichts III in Berlin verurteilte Rittergutsbesitzer Kraft von Kriegsheim wegen Verurteilung zu zwei Monaten Gefängnis und wegen Begehung zu 500 Mark Geldstrafe. Mitten: „Erste Gesellschaft“

Kraft von Kriegsheim ist mit dem Millionär und Baumwollbesitzer Dr. Spaeth in Berlin jahrelang eng befreundet. Spaeth verliert er die Frau seines Intimus, was der Rittergutsbesitzer erst spät bemerkt. Es kommt zur Scheidung im Hause von Kriegsheim. Eine romantische Abwesenheitsführung folgt, aus der Freundschaft von Kriegsheim-Spaeth wird eine erbitterte Feindschaft. In seinem Auto geht Kraft von hinten ein Faustschlag ins Gesicht. Der Rittergutsbesitzer, der Offizier a. D. von den Wochen später übrigen auch noch mit der geliebten Frau des Millionärs in Hamburg lebt. Die Sache gelangt vor den Audi, sie dürfte über Mitten: „Erste Gesellschaft“

Frau Reihberg außer Verfolgung

Durch Bürgschaftsurkunde des Bankhauses Gebrüder Arnold in Dresden hat die Sängerin Elisabeth Reihberg die von ihrem Prozeßgegner, der Internationalen Konzertbetriebsgesellschaft A. G., Berlin, verlangten 82.000 Mark bei der Hinterlegungskasse des Dresdener Amtsgerichts hinterlegt. Der Haftbefehl gegen Frau Reihberg hat sich damit erledigt. Gegen den von ihrem Prozeßgegner erwirkten Arrest wird Frau Reihberg Einspruch erheben.

Mord durch Kofain

In der Wohnung eines als Lebemann bekannten jungen Brüsseler Rechtsanwalts wurde eine Ballettängerin völlig unbekleidet tot aufgefunden. Der Tod war durch Kofainvergiftung eingetreten. Eine zweite Tänzerin, eine Deutsche namens Hildegard Hartwig, befand sich ebenfalls in der Wohnung in einem Zustand ernster Kofainvergiftung. Der Rechtsanwalt hatte mit den beiden Tänzerinnen wahre Kofainorgien gefeiert. Er wurde mit der deutschen Tänzerin verhaftet.

Ein rollender Abgesandter der Mosel



ist auf dem Wege nach Berlin: ein Kellerarbeiter aus Gorden bei Cochem an der Mosel hat sich mit diesem Original-Moselweine, das er über Köln, Düsseldorf, Essen und Dortmund in einem Vierteljahr zu erwerben hofft. Der Zweck dieser rollenden Moselgelandtschaft ist die Werbung für das heimliche Gewächs.

Das Provinzparlament tagt

Barisch soll dem Hochwasserschutzgesetz unterstellt werden — Debatte um die Beamtenbefolgung — Am das Markgrafentum Oberlausitz

Der erste Arbeitstag des neunten Provinziallandtages war ziemlich geruchlos. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Stadterordnungslösung, war die Tagesordnung nur spärlich besetzt und die Sitzung daher verhältnismäßig kurz. Sie begann mit dem Bericht des I. Ausschusses über den

Verwaltungsbericht

Für das Rechnungsjahr 1928, den Genosse Drechsner gab. Ihm schloß sich die übliche Dankagung des Vorsitzenden an die Beamten der Provinzialverwaltung und Erwiderung des Landeshaupmanns an. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen; ebenso die Berichte über das Verkehrswesen, Arbeiten in Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes, Entwicklung des Provinzial-Elektrizitätswertes im Rechnungsjahr 1928/29, die Verwaltung der Landeskultur-Rentenbank 1928 und 1929, der Geschäftsbericht der Provinzial-Hilfskasse sowie der Stadtkasse. Beim Verwaltungsbericht der Lebensversicherungskasse wird eine dem I. Ausschuss vorgeschlagene Entschädigung angenommen, die erlaubt, dahin zu wirken, daß bei Hypotheken das Disagio möglichst herabgesetzt und eventuell durch einen Verwaltungskostenbeitrag ersetzt wird. Der Geschäftsbericht der

Berufsgenossenschaft

gibt dem deutschnationalen Berichterstatter des V. Ausschusses, Rischhofen, Klein-Rosen, natürlich Anlaß, über die „un-erträgliche Höhe“ der Beiträge zu reden. Die große Zahl von Unfällen in landwirtschaftlichen Betrieben will er nicht durch eigene Verschuldungsmaßnahmen der Arbeitgeber, was wohl das naheliegendste wäre, sondern durch „gesetzliche Maßnahmen“ vermindern. Wie, gab der Redner leider nicht bekannt. Abg. Schulz (Komm.) kritisierte die vielen Unfälle und die vielen Berufungsverfahren, sowie die üblich gewordenen Nachuntersuchungen, mit denen die Genossenschaft verlor, alle Entschädigungsansprüche abzulehnen, worauf der neuere Redner Abg. Bauer (Dial.) zu seiner Jungferntrede antrat und ein bewegliches Lied von den untragbaren Soziallasten anstimmte. Für die Landwirte aller Parteien sollte wohl heißen, aller Respekt vor der Erklärung der Berufsgenossenschaft anlässlich der Generalversammlung der Berufsgenossenschaft anzuwenden, die Herabsetzung der Lasten, d. h. der Leistungen für die zu Schäden gekommenen Landproleten forderte. Da diese Frage aber nicht Sache des Provinzialparlamentes ist, begnügte man sich vorerst damit, den Geschäftsbericht der Berufsgenossenschaft zur Kenntnis zu nehmen.

Für Meliorationsbeiträgen

im Gesamtbetrag von 27.885 Mark wurde die nachträgliche Bewilligung des Betrages, weiterhin wurden die Haushaltsüberschreitungen der Jahre 1924 bis 1928 mit insgesamt 6.010.614,72 Mark mit der Entlastung der Rechnungsprüfungsnachweise genehmigt; ebenso die Veräußerung verschiedener Grundstücke. Eine Vorlage über die immer noch schwebenden Abschlußverhandlungen zwecks Übernahme der Pignier- und Breslauer Laubhummensanstatte auf die Provinz, veranlaßte den Pignier-Direktionsmeister Charbonnier zu der Erklärung, daß die Schuld an dem verzögerten Abschluß dieser Verhandlungen sicher nicht bei den in Frage kommenden Vereinen läge. Zur Förderung des Obst- und Spargelbaues im Kreise Guben, wo man sich vom Wein auf die Gemüse- und Obstzucht umstellte, wurden 3000 Mark beihilfen für Musteranlagen im Kernobst- und Beerenobstbau, sowie 2000 Mark zum Zwecke der Zinsverbilligung für Spargelbau; beides unter der Voraussetzung, daß der Kreis die gleichen Summen auswirft, bewilligt. Für die Anleihe der Steuergesellschaft zur Beschaffung der Restsumme des Baukapitals wurde beschlossen, die Bürgschaft für höchstens 500.000 Mark zu übernehmen.

Abg. Charbonnier begründet ausführlich eine Vorlage, nach der die Satzungen der niederschlesischen

Kommunale Ruhegehaltskassen

unter Aufhebung des vorjährigen Beschlusses in verschiedenen Punkten geändert werden soll. Diese Änderungen wurden durch sozialdemokratische Vorschläge in den Vorberatungen sehr wesentlich beeinflusst. Es soll eine Erweiterung des Mitgliederkreises erreicht werden, indem man den Beitritt vorteilhafter gestattet, außerdem den Austritt nur nach einer bestimmten Kündigungsfrist zuläßt. Dabei wendet sich der Landtag gegen verschiedene ministerielle Beanstandungen. Der Provinzialausschuss wird ermächtigt, die Satzungen im Rahmen bestimmter Richtlinien zu ändern und zur Genehmigung vorzulegen.

Lebhaft wird der ruhige Gang der Verhandlungen, als nun Abg. Charbonnier den Bericht des I. Ausschusses über eine vom Oberpräsidenten geforderte Ergänzung der Provinzial-Befolgungsordnung, sowie Beanstandung verschiedener Einrichtungen von Provinzbeamten gab. Im ersteren Falle handelt es sich um die allgemein an die Kommunen gestellte Forderung, in ihre Befolgungsordnungen einen Passus aufzunehmen, nach dem jederzeit

die Befolgungen nach unten revidiert werden können. Eine solche Bestimmung besteht zwar in der preussischen Befolgungsordnung, doch sind erhebliche Zweifel an ihrer rechtlichen Zulässigkeit vorhanden. Diese Zweifel unterstreicht der Berichterstatter, der sich heftig dagegen wandte, daß auf diese Weise Grundrechte des Berufsbeamtenvertrages verletzt würden. Eine solche Bestimmung sei unhaltbar, das Verlangen des preussischen Staates nach entsprechender Änderung der Befolgungsordnungen, einen Eingriff in die Selbstverwaltung zu tun, von der man ja eigentlich immer nur höre, wenn ein Vertreter der Staatsregierung eine Beihilfungsrede halte. Im Ausschuss haben alle Parteien dieses Urteils angeschlossen. Selbstverständlich wandte sich Charbonnier auch gegen die Beanstandungen im einzelnen, da sie nachträglich erfolgten und überdies die Tätigkeit der entsprechenden Beamtenkategorien in der staatlichen nicht einfach mit der kommunalen Verwaltung verglichen werden könnten.

Abg. Genosse Koesler

erklärte sich namens der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich des ersten Punktes mit dem Berichterstatter einverstanden. Bezüglich der Satzungen hingegen sind die Sozialdemokraten der Auffassung, daß ein Mißverhältnis zwischen unteren und mittleren gehobenen Beamtenstellen festzustellen sei. Hier liegen zweifelsfrei Verletzungen der preussischen Befolgungsordnung vor. Bei den gegenwärtigen Zuständen dieser Stellen solle nichts geändert werden; bei der künftigen Befolgung aber müßten die ungenügenden pensionsfähigen Zulagen, mittlerer gehobener Beamten gestrichelt werden. Ob. Gen. Schröder beruft sich für die Staatsregierung auf den Ministerialdirektor Leyden und das Schriftrum bezüglich der Änderungsmodalität bereits festgelegter Gehälter. Der Kommunist Ratzke hält eine überaus reformistische Rede, die er mit der geradezu revolutionären Forderung beginnt, wenn der Minister eintrifft, dann müßten auch die Gehälter herabgesetzt sein. Im übrigen zieht er allgemein gegen die hohen Befolgungen zu Felde. Zwischen dem Demokraten Schlotterholz und dem Sozialdemokraten Ratzke entspannt sich eine muntere Debatte über den Wert des Berufsbeamtenvertrages im besonderen und allgemeinen, wobei Schlotterholz betont, daß von der Kontrakt der Arbeitnehmer, als auch der Beamten nicht zuletzt das Wohlwollen der Gewerkschaften abhängt. Die Vorlage wird dann dem Provinzialausschuss zur Entscheidung überlassen.

Wie eine an sich ganz harmlose Vorlage, die die Beschäftigung der Provinz auf Übernahme der Einrichtungen

Ag. Preussischen Markgrafentums Ober-Lausitz

bei dessen hoffentlich baldiger Auflösung wiederholt Leben in die Ruhe bringt. Nachdem Genosse Salting als Berichterstatter einige Bemerkungen über diesen fasslichen Ueberrest der gangener feudaler Zeiten gemacht hatte, stand Abg. Rischhofen-Mertshaus als Valentin altpreussischer Tradition, auf und erklärte, man stimme zwar zu, aber das bedeute nicht etwa ein Anerkennung der Notwendigkeit der Auflösung des kommunalständischen Verbandes. Abg. Schneider (Dial.) wandte sich als „heimatlicher Oberlausitzer“ gegen Salting, und erzählte mit mehr Nachdruck wie überzeugender Argumentation, daß die Landstände doch eherhand Vobenerwertes geschaffen hätten. (Zwischenruf links: „Das soll ja erhalten bleiben!“) Und überhaupt, die Punkte sei nur gegen die alten Hofstättchen, gegen den eigenen Landeshauptmann und Landtag dieses Markgrafentums, womit Herr Schneider entschieden ins Schwarze getroffen hat. Genosse Cohn machte Schneider freundlich darauf aufmerksam, daß er offenbar die Vorlage nicht gelesen habe, und berichtete, daß die Schmelzsteuern der Auflösung teilweise bei der Stadt Görlitz liegen, die die kommunalständische Bant nicht auf die Provinz übergeben lassen will.

Zum Schluß wurde bezüglich der

Barischregulierung

folgender Beschluß angenommen: „Die unverzügliche Inangriffnahme der Ausbauarbeiten der Barisch und ihrer Nebenflüsse ist dringend erforderlich, um die den beteiligten schwer ringenden Grenzorten in Aussicht gestellte wirtschaftliche Entlastung baldmöglichst herbeizuführen. Aber auch um Beschäftigungsmöglichkeiten für zahlreiche Arbeitslose zu schaffen, muß mit den Arbeiten baldmöglichst begonnen werden. Der Barischausbau ist ein besonders wichtiges Stück des niederschlesischen Arbeitsbeschaffungsprogramms.“

Provinziallandtag erklärt sich gemäß § 50 des Gesetzes, betreffend Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Schlesien vom 9. Juli 1900 (G.S. 171) mit der Ausdehnung der Bestimmungen dieses Gesetzes auf die Barisch und ihre Nebenflüsse nach Maßgabe des gemäß seinem § 3 mit der Staatsregierung noch zu vereinbarenden Planes einverstanden.

Provinziallandtag spricht der Staatsregierung gegenüber den dringenden Wunsch aus, daß seitens der Staatsregierung der von dem Landeshauptmann bereits vorgelegte Entwurf, betreffend Abänderung des Hochwasserschutzgesetzes baldmöglichst dem Landtag zur Annahme empfohlen oder die beantragte Änderung wenigstens für die Barisch und ihre Nebenflüsse befürwortet wird.

Provinzialausschuss und Landeshauptmann werden beauftragt, weitere Verhandlungen mit der Reichs- und Staatsregierung zu führen, mit dem Ziele, im Rahmen der Mittelhilfe eine nachdrückliche und schnelle Unterstützung des Barischausbaues zu erzieligen.

„Republikanisierung“ der Regierung Breslau

Im Landtag wurde folgende kleine Anfrage eingebracht: Herr Regierungsrat Remy ist zum 15. April 1930 von Düsseldorf an die Regierung in Breslau versetzt worden. Dem Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf, der sich um die Zurücknahme der Versetzung bemüht, hat der Ministerialdirektor Brandt vom Ministerium des Innern mitgeteilt, die Zurücknahme der Versetzung sei ausgeschlossen, da Regierungsrat Remy in einer öffentlichen Versammlung im Zoo in Düsseldorf, in der die Gründe der Ablehnung des Young-Planes erörtert wurden, am Vorstandstisch gelehnt habe. Diese Erklärung ist unrichtig.

Dem Ministerialdirektor Brandt war bekannt, daß in der fraglichen Versammlung ein Vorstandstisch überhaupt nicht vorhanden war und Regierungsrat Remy an dem Tisch, an dem der Leiter der Versammlung saß, ohne Kenntnis dieser, Platz genommen hatte. Ich frage: Was gebietet das Staatsministerium zu tun, um den genannten Beamten gegen unrichtige Behauptungen zu schützen und billigt es die Versetzung und die dadurch entstandenen überflüssigen Ausgaben?

Nach dieser Anfrage soll in der bewußten Versammlung kein Vorstandstisch gewesen sein. Das ist betrüblich. Noch betrüblicher aber erscheint uns angesichts der an dieser Stelle ja schon eingehend behandelten personellen Zusammensetzung der Breslauer Regierung, daß Herr Remy, der in Ermangelung eines Vorstandstisches an dem Tisch des Vorsitzenden Platz nahm, um den Youngplan zu bekämpfen, die hiesige Verwaltung beglückt.

Geschwilt, Kohnisch-Schlesien. Einen Liter Sekt in drei Minuten trank der 38 Jahre alte Knecht. Plus in Geschwilt, ein Gewohnheitsktrinker, im Gasthaus Selbstverständlich ist er kurze Zeit darauf an Alkoholvergiftung gestorben.

Schönberg O. Vom Schlachtfeld der Arbeit dem hiesigen Basaltwerk arbeitete der Arbeiter D. an einer als plötzlich die Steine nachgaben und D. in die Tiefe fiel. Das nachrollende Gestein begrub ihn vollständig; er konnte noch als Leiche geborgen werden.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat, Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neuban), Zimmer 17-18
Telephon 5900, 5901
Größter von 6-17 und 18-19 Uhr

Kreistag im Landkreis Breslau
Am Sonnabend, den 10. Mai, findet der diesjährige Kreistag im Kreishaus, Weidenstraße 15, vormittags 10 Uhr statt. Die Sitzung ist öffentlich und, soweit Platz vorhanden, jedermann zugänglich.

Achtung, Ortsgruppenführer!
Bergeht nicht, daß am Sonntag, den 11. Mai, 4 Uhr, Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine sehr wichtige erweiterte Parteivorstandssitzung stattfindet. Das Hauptreferat übernimmt Bürgermeister Wache. Um 12 Uhr tritt der engere Vorstand zusammen. Mahlscheiben müssen bei dieser Gelegenheit abgerechnet werden.

Bettler. Am Sonnabend, den 10. Mai, pünktlich 19.30 im Lokal Anichalla, Mitgliederversammlung. Redner: Gen. E. Junke.

Steine. Am Sonnabend, den 10. Mai, 20 Uhr, im Grocholl, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse C. Dollinger, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse C. Neumarkt, Mitgliederversammlung Sonnabend 10. Mai, 20 Uhr, im „Gelben Löwen“.

Klettendorf. Montag, den 12. Mai, 20 Uhr, bei Monatsversammlung. Genosse Junke wird einen interessanten Vortrag halten.

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Gribschitz
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Unter zahlreichen Gemütern und gemäßigten Regenschauern sind die des letzten Tages auch in Schleien Kaltluftmassen eingebrochen. Zu empfindlichem Temperaturrückgang geführt. Auch im Hochgebirge herrscht stellenweise noch zu Schneefall. Auch in niederen Lagen besteht bei klarem Nachtfrostgefahr.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge: Nordlicher Wind, wohlfeil bewölkt, zeitweise noch Niederwolkung, bei Aufklaren Nachtfrostgefahr.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge: Trüblicher Nord, neblig-trübe, Schneefall, Groß.

Sonnenaufgang: 4,17 Uhr — Sonnenuntergang: 19,37 Uhr.

Geschäftliches
Abkommen auf Schmelzstein gibt es jetzt in Breslau. Die Herstellung gefaltet, indem, allmählich ein neues Schmelzplattenverfahren beim zu haben. Es werden fünf Schmelzplatten für eine Mark Wasserpreis liefert. Alles Nähere sagen die Zitat-Schmelzplatten-Betriebe, Waisenstraße 5/6, Ecke Schmiedebriide.

Die Friur bildet die Umrahmung des Gesichts. Im Gegenlicht zu Zeiten unrunder Gesichtszüge ist es heute leicht für die Dame, den Reiz des Gesichts durch den Rahmen der Friur zu erhöhen, denn die Friur eignet sich dazu besonders gut. Wenn aber das Haar schon ausreicht in jeder gewollten Form anzuweichen soll, ist vor allen Dingen die regelmäßige Kopfmassage notwendig: Pfälzisches Pigron oder Pizavon-Champoon ist besonders zu empfehlen.

Bergeht nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben

Bank der Arbeiter, Angestellten — Beamten, A. G.
FILIALE BRESLAU.

Kleinen Preisen!

| Damen-Sommer-Kleidung | Herren-Sommer-Kleidung |
|--|---|
| Hauskleider aus Zell u. Kunstseid. Indantr. 3,95, 2,35 1⁵⁰ | Herrn-Anzüge in Kammgarn, in modernen Farbtonen 65,00, 58,00 49⁵⁰ |
| Waschmousseline-Kleider 4,95 3⁹⁵ | Sport-Anzüge mit 2 Hosen, in Kord und Cheviot 54,00 49⁵⁰ |
| Wollmousseline-Kleider 14,75 12⁵⁰ | Windjacken i. Covercoat Sportfasen 17,50, 15,00 13⁰⁰ |
| Waschseid. Kleider 9,75 6⁹⁵ | Golfhosen 14,00, 10,75 9²⁵ |
| Vollvolle-Kleider 14,75 12⁷⁵ | Lusterjacken in schwarz und marineblau 14,00 12⁷⁵ |
| Panama-Kleider 7,25 3⁹⁵ | Leinenjoppen 7,95, 6,75 5⁹⁵ |
| Damen-Mäntel gemusterten Stoffen... 14,50 10⁵⁰ | Bayernjacken ... 9,75 8⁷⁵ |

WASCHSTOFFE
Zirkon 1200 Meter
Waschmousseline in den neuesten Dessins .. **95, 88 =.68**
Zirkon 1000 Meter
Wollmousseline in herrlicher Ausmusterung, 2,75, 2,50 **1.95**
Zirkon 1200 Meter
Waschkunstseide moderne Muster **1,00, 1,10 =.95**

GEG-Fabrikate
preiswert und gut!

Kaufhaus „Vorwärts“
Rauschstraße 15

Katholische Finanzierungsfunk

Frauenbildung und Frauenwohl berichtigt

Wir erhalten folgende Berichtigung, die zwar nicht dem § 11 des Pressegesetzes entspricht, auf den sich die Zeitschrift beruft, aber von uns hier wieder gegeben wird, weil wir keinen Anlaß haben, einer Erörterung, die zur Klarstellung von Zweifelsfragen dienen könnte, auszuweichen.

In dem Artikel „Katholische Finanzierungsfunk“ in Nr. 103 „Volksmacht“ vom 5. Mai 1930 sind die Vorlagen von zwei verschiedenen Körperschaften miteinander in irreführender Weise verknüpft. Es ist selbstverständlich unrichtig, daß die innere Mission einem katholischen Studentinnenheim, nämlich dem Coenaculum, ein Darlehen vermittelt, sowie ein Geschenk von 200000 Mark macht und daß der evangelische Oberkirchenrat ebenfalls 200000 Mark beisteuert.

Der in dem Artikel mitgeteilte Finanzierungsplan hat mit dem katholischen Studentinnenheim Coenaculum nicht das geringste zu tun. Das katholische Studentinnenheim soll nicht „erst jetzt“ errichtet werden, es besteht vielmehr und ist seit dem 1. 12. 1927. Auch ist unrichtig, daß die katholische Frauenbildung und Frauenwohl G. m. b. H. dem Provinzialausschuß eine Vorlage eingereicht habe, in der gebeten werde, daß der Kostenanschlag für den Bau mit 200 000 Mark auf ihrem Hausgrundstück zu übernehmen, da sie im Juli 1927 ein Hausgrundstück zur Errichtung des katholischen Studentinnenheims Coenaculum erworben hat.

Richtig ist nur, daß unsere Gesellschaft in der sie betreffenden Vorlage den Provinzialausschuß bittet, die selbständige Bürgerische Bürgerschaft für eine zweite Hypothek von 200 000 Mark auf ihrem Hausgrundstück zu übernehmen, die von der Reichsversicherungsanstalt unserer Gesellschaft unter dieser Bedingung bewilligt ist. Diese Hypothek soll dazu dienen, die Kaufgeldhypothek von 100 000 Mark, die am 1. Juli 1930 abzulösen wird, abzulösen. Die Reichsversicherungsanstalt gewährt die Hypothek zu einem Zinssatz von 7 Prozent nebst 1 Prozent Zinsen jährlich bei 97 Prozent Auszahlung. Auch die abzulösende Restauszahlunghypothek ist zu 7 Prozent verzinslich. Erst unsere Gesellschaft das Darlehen der Reichsversicherungsanstalt, so ist die Anstalt in der Lage, wie bisher weiterarbeiten zu können, denn dies unmöglich ist, wenn wir gewungen wären, die Lösung der Restauszahlunghypothek mit Geld vorzunehmen, welches mit dem für zweite Hypotheken üblichen Zinssatz zu verzinsen ist.

Die Reichsversicherungsanstalt hat den Wert unseres Hauses geschätzt, wobei ein Tagewert von 500 000 Mark ermittelt worden ist. Die Provinz übernimmt mithin kein Risiko, wenn sie berücksichtigt, daß der abzulösende Restauszahlungsbetrag von 100 000 Mark nur noch eine weitere Hypothek von 100 000 Mark Range vorgeht. Die Hypothek wird auch nicht auf 100 Jahre gegeben, wie in dem Artikel behauptet ist. Denn bei 7 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung jährlich ist die Hypothek in etwa 10 Jahren getilgt.

Unsere Gesellschaft besteht nicht aus drei Gesellschaftern, sondern aus acht Gesellschaftern, während die Geschäftsführung in den Händen von drei Personen liegt.

Die Stammeinlagen der Gesellschafter betragen insgesamt 80 000 Mark. Die Gesellschafter ziehen keinerlei Gewinn aus ihren Einlagen, da alle Einkünfte der Gesellschaft für die gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft Verwendung finden müssen.

Frauenbildung und Frauenwohl G. m. b. H.
Eise Mayer.

Sachlich ist diese Berichtigung in einem Punkte zutreffend. Es ist uns tatsächlich der Fehler unterlaufen, zwei durchaus ähnliche Unternehmungen konfessioneller Art miteinander in Verbindung zu bringen. Wir stellen demgemäß fest, daß der Finanzierungsplan, den wir wiedergaben, ein Evang. Studentinnenheim betrifft, das auf diese gentile Weise aus öffentlichen Mitteln finanziert, nun gebaut werden soll und dem Provinzialverein der Freundinnen junger Mädchen gehört. Unsere Ueberschrift „Katholische Finanzierungsfunk“ bedarf also einer Aenderung und zwar in „Konfessionelle Finanzierungsfunk“.

Im übrigen aber geht die Berichtigung sorgfältig darum herum, nun etwa anzugeben, wie denn die „Frauenbildung und Frauenwohl G. m. b. H.“ vorweg finanziert wurde. Damit kein falscher Eindruck entstehe, wollen wir festhalten, daß nach unserer oberflächlichen Kenntnis das Coenaculum

| | |
|---|------------|
| von Privaten und Behörden (eigene Angaben) | 115 000 M. |
| von Landeshauptmann OS. 1927 | 20 000 M. |
| von der Provinz Niederschlesien August 1927 | 5 000 M. |
| von Landeswohlfahrtsamt August 1929 | 40 000 M. |
| von Landeswohlfahrtsamt April 1929 | 2 000 M. |
| von Reichsministerium des Innern Mai 1929 | 15 000 M. |
| und von der Provinz Niederschlesien als unverzinsliches Darlehen Mai 1929 | 25 000 M. |

erhalten hat, was zusammen 222 000 M.

ausmacht. Praktisch kommt also das Finanzierungsergebnis auf dasselbe hinaus, wenn es nicht noch ein günstigeres Ergebnis wie in unserer ersten Aufstellung erzielt hat, sofern man nämlich die nicht unerheblichen Mittel hinzurechnet, die u. U. dem Heim vom Reichsministerium des Innern im Laufe des Jahres 1928 zugesprochen sind. Darüber hinaus finanziert die KfV. den Erwerb des Grundstücks, das im Jahre 1927 früherem Vernehmen nach für 150 000 Mark angekauft wurde, aber mit 200 000 Mark Kaufgeldhypothek belastet ist.

Daß die Gesellschaft aus acht Gesellschaftern besteht, konnten wir im Handelsregister nicht feststellen; es ist das im übrigen auch unerheblich. G. m. b. H. bleibt G. m. b. H., auch wenn sie sich kilometerlange gemeinnützige Statuten gibt, denn diese Statuten können natürlich durch Gesellschafterbeschlüsse jederzeit geändert werden.

finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn anerkannt, aber zugleich festgestellt, daß eine Entlastung der Reichsbahn aus Mitteln des Reiches nicht in Frage kommen könne. Mit Befremden muß man feststellen, daß offenbar auch nach der Meinung des Reichsverkehrsministers einem Teil der Tarifierhöhungsvorschläge zugestimmt werden soll. Wieder einmal scheint die Brüning-Regierung aber die von ihr gutgeheißene teilweise Tarifierhöhung zu Lasten der Massen machen zu wollen. Herr Guérard wandte sich zwar gegen eine einseitige Verteuerung der Zeitarten, da diese aus sozialen Gründen nicht erwünscht sei, aber er meinte das nur in dem Sinne, daß der gesamte Personenverkehr härter herangezogen werden solle. Auch bei den Arbeitern des Zentrums wird sich diese Kollateralschicksale bitter machen.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer verteuert auch die Kohlen

Im Reichsanzeiger wird mitgeteilt, daß ab 1. April d. Js. mit Rücksicht auf die von diesem Zeitpunkt ab wirksame Erhöhung der Umsatzsteuer die Brennstoffverkaufspreise um 0,9 Prozent erhöht werden dürfen. Es liegt also der interessanten Fall vor, daß vom Staat berufene Organe selbst die Rückwälzung einer erhöhten Umsatzsteuer auf den Verbraucher anordnen.

Erhöhung von Zollsätzen für Getreide

Durch eine am 25. April in Kraft tretende Verordnung wird der Zollsatz für Weizen und Strangerter von 12 auf 15 Mark je Doppelzentner erhöht. Der Zollsatz für Gerste zur Viehfütterung bleibt wie bisher 10 Mark, wenn die Gerste unter Zollsicherung abgefertigt wird.

Die rückgängige Konjunktur hat sich nach den neuesten Erhebungen des Statistischen Reichsamtes auch im denkwürdigen Stromverbrauch hart ausgemirkt. Die arbeitstäglige Stromerzeugung war zwar in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres noch um 7,8 bzw. 8,9 Prozent größer als in den entsprechenden Monaten 1929; der normalerweise in diesem Jahre zu erwartende Zuwachs der Stromerzeugung hat aber bei weitem nicht die Hälfte erreicht. Der Stromverbrauch in der Industrie ist im Januar sogar absolut gesunken. Auf die Anschlußwerte berechnet, war er um 5,1 Prozent niedriger als im Januar 1929 und fiel damit fast wieder auf den Stand des Januar 1928 zurück.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenprodukt erzielte im Jahre 1929/1930 einen Gesamtertrag von 117,7 Millionen Tonnen. Dieser Rekordabtrag bedeutet arbeitstäglich gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 5,40 Prozent. Im unbefristeten Gebiet wurden 35 Prozent abgeteilt im befristeten Gebiet 34,72 Proz.; der Rest kam auf den Werkstoffverbrauch und auf den Zehner selbstverbrauch. Der Absatz im befristeten Gebiet hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht beträchtlich erhöht.

In Basel ist die Gesellschaft für Baubestellungen, das größte schweizerische Unternehmen dieser Art, in Konkurs gegangen. Das Unternehmen war mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Schweizer Franken ausgerüstet und besaß Fabriken in der Schweiz, in Südtirol, im Elsass und in den vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Zusammenbruch wird auf den Rohwertschmelz und auf die allgemeine Rezession zurückgeführt.

Die niederländische Chauffeur-Gewerkschaft, deren Verbandstag dieser Tage in Utrecht stattfand, zählt 3500 Mitglieder. Die Zahl der Automobile ohne die Frachtautos ist von 73 000 im Jahre 1927 auf 100 000 im Jahre 1929 gestiegen. Noch heute werden in Niederland Wochenlöhne von 15, 17 und 20 Gulden bezahlt, ja man hat noch Chauffeure, die wöchentlich 8 Gulden bei Kopf und Logis erhalten.

Der Verbandstag nahm einstimmig einen Antrag an, worin eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Chauffeure als dringend notwendig bezeichnet wird.

Die deutsche Rastindustrie hat im Jahre 1929 von der Verschlechterung der Wirtschaftslage fast nichts verspürt. Der 1928er Rekordabtrag von 14,01 Millionen Doppelzentnern ging 1929 nur um 1,4 Prozent zurück. Bei den führenden Rastkonzernen ist dennoch eine neue Gemeinunternehmung festzustellen. So konnte der Salzburger „Alpenverein“ Westregeln, Konzern mit seinen rund 25 Prozent der deutschen Rastproduktion seinen schon 1928 von 17,1 auf 22,7 Millionen gesteigerten Betriebsergebnis im Jahre 1929 weiter auf 24,5 Millionen erhöhen. Der ausgewiesene Reingewinn liegt trotz verstärkter Abschreibungen noch mehr. Mit 9,3 Millionen Mark im Jahre 1929 ist gegenüber 1927 eine Reingewinnsteigerung von mehr als 50 Prozent zu verzeichnen. Salzburger zahlt seinen Aktionären wieder 15 Prozent, Alpenverein und Westregeln zahlen wieder je 10 Prozent Dividende.

Wirtschaft

Leidet Ostpreußen Not?

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Leipziger Volkszeitung“ vom 14. v. M. einige sehr interessante Zahlen aus den Buchführungsergebnissen von 768 ostpreussischen Großbetrieben mit einer Fläche von über 200 Hektar für das Wirtschaftsjahr 1928/1929. Diese Zahlen zeigen ein starkes Ansteigen der Einnahmen, wogegen die Steigerung der Ausgaben auch die Lohnausgaben weit zurückbleibt. Dennoch muß sich der Ertrag dieser 768 Großbetriebe ganz gewaltig gehindert haben, denn man die Durchschnittseinnahmen von 1924/1925 aller dieser Betriebe gleich 100 setzt, so kann man in den darauffolgenden Jahren folgende Veränderungen feststellen:

| | Veränderung der gesamten | | |
|-----------|--------------------------|-------|----------|
| | Ein- | Aus- | Lohn- |
| | nahmen | gaben | ausgaben |
| | (1924/1925 = 100) | | |
| 24/1925 = | 84,2 | 100 | 100 |
| 25/1926 = | 99,9 | 94,3 | 107 |
| 26/1927 = | 100,2 | 105,4 | 109 |
| 27/1928 = | 105,9 | 111,8 | 115 |
| 28/1929 = | 110,6 | 111,5 | 131 |

Was den Buchführungsergebnissen geht weiter hervor, daß die ostpreussische Landwirtschaft stark in der Umstellung begriffen ist und sich auf die Erzeugung von Milch und Molkereierzeugnissen dauernd stärker eingestellt. Für diese Erzeugnisse sind die Einnahmen der unteruchten Betriebe auf 167 Prozent des Vorkriegsstandes angewachsen.

Wenn man diese recht erfreulichen Untersuchungen fest, wobei zu berücksichtigen ist, daß es in Ostpreußen insgesamt nur 2153 Großbetriebe über 200 Hektar gibt, so ist einfach unverständlich, warum der neue Reichsernährungsminister Schiele 350 Millionen Mark von der neuen Reichsregierung zur Verfügung gestellt bekommen hat, um die schon früher von ihm betriebene „Bestfestigungs- und Subventionspolitik“ weiter fortsetzen zu können.

Billigt die Regierung Brüning die Tarifierhöhung der Reichsbahn?

Reichsverkehrsminister Guérard hat in dem zur Erörterung des Tarifierhöhungsantrages der Reichsbahn einberufenen Reichseisenbahnrat die

Wer freut sich da nicht

wenn Petersdorff seine bekannt gute und haltbare Berufskleidung so außergewöhnlich billig zum Verkauf bringt

- | | | | |
|---|-------------|---|-------------|
| Malerkitzel aus sehr gutem Nessel 4.90 | 3 75 | Koch- und Konditorjacken aus Körper, vorzügliche Qualität 5.90 | 4 90 |
| Maler- und Maureranzug aus gutem Nessel oder Dren 9.90 | 5 80 | Kochhose aus gutem Zwirnstoff 4.90 | 4 90 |
| Monteuranzug aus sehr haltbarem Körper 7.90 | 6 90 | Koch- und Konditorschürze 1.45 | 1 35 |
| Kesselanzug aus gutem Körper 9.50 | 8 50 | Eisenbahnerjacke aus haltbarem schwarzem Dren 4.90 | 4 90 |
| Schutzmäntel aus dauerhaftem Körper 7.50 | 5 90 | Fleischerjacke aus weißem Körper und gestreiftem Lederstoff . 6.50 | 5 90 |

Netzjacken gute haltbare Qualität, makofarbig, Größe 4 0 85

Rudolf Petersdorff
BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE

Einsatzhemden gut. Trikot-, Rumpfstoff-, Trikots- und Rippsatz . 1 95

Stadt-Theater
(Dortmund)
Freitag 18.15
20 bis gegen 23 Uhr
Wohn-Komödie 11.18
Mona Lisa
Sonnabend
18 bis gegen 23 Uhr
**Die Holzerstager
von Nürnberg**
Sonnabend
18 bis 17.15 Uhr
Nachmittagsvorstellung
an ermäßigten Preisen
Fidello
20 bis gegen 23 Uhr
Die Zauberflöte

Lobe-Theater
Telefon: 60747
Freitag 18.15-20.00
Zum letzten Male!
Die Märe Draylos
Sonnabend 20.15 Uhr
(und täglich)
Zum ersten Male:
Leinen aus Irland
Lustspiel
von Stephan Kamara

Thalia-Theater
Freitag 20.15-22.00
Zum letzten Male!
Herr Lambertler
Sonnabend 20.15 Uhr
(und täglich)
Neu einstudiert!
**Der Nachlassgeber
der Musikgäule**
Schwank
von Avery Hopwood

Schauspielhaus
Opernhausbau
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr
Gastspiel

**Jno Wimmer
Trude Reiter**
in dem großen
Halterkeitserfolg

**Er u. seine
Schwester**
Operettenschwank
v. Bernhard Buchbinder
Musik
von Julius Eliasbinder

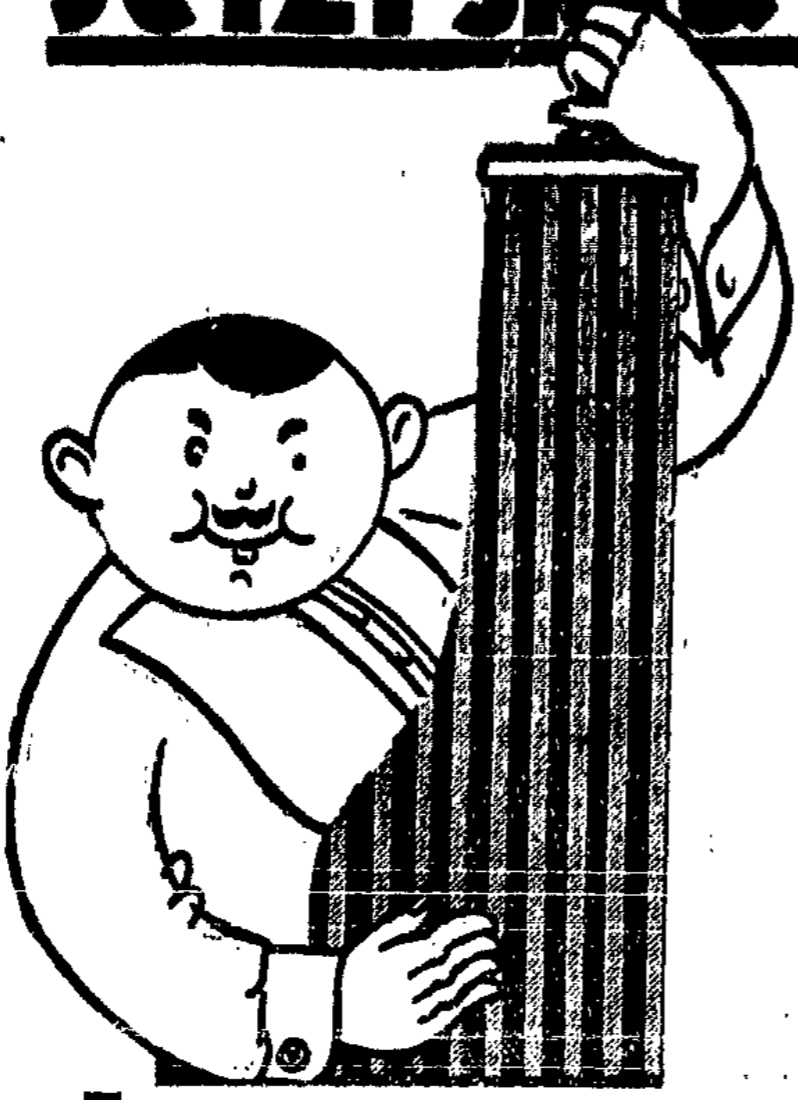
Genossen
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

WELTBÜHNE
Friedrich-Wilhelm-Str. 35
Wochentage 8 u. 8 1/2
Sonnstage 3, 6, 8 1/2
2 Filmwerke
auf die Tausende Besucher unserer
Weltbühne mit großer Spannung warten

**Der
Sittenpaß**
(Polizeimeister Tagest)

Der neue Van-de-Velde-Film
Fruchtbarkeit
(Vollkommene Ehe)
II. Teil
**Das Problem
der Mutterschaft**
Ein Film, den jeder Mann
und jede Frau u. Mädchen
sehen muß!

Jetzt sind die Tage der Hosen!



Für die, welche es angeht,
ebenso willkommen, als wären
es die Tage der Rosen. Eitel
Freude wird bei allen herrschen,
die zu Hause einen Anzug
haben, dessen Hose den Dienst
gekündigt hat. Dem Anzug
kann geholfen werden. Schnell
eine passende Hose (wir haben
bestimmt eine) und wieder mal
ist ein Kleidungsstück komplett.
Also meine Herren, prüfen Sie
mal den Inhalt Ihres Kleider-
schrankes. Und wenn eine Hose
erneuert werden muß, dann be-
suchen Sie den Hosenverkauf.

- | | | | |
|--|-----------------------|---|------------------------|
| Herren - Hosen gestreift, kräftige Qualität | 1³⁰ | Knickerbocker für Herren, in flotten Musterungen | 8⁰⁰ |
| Herren - Hosen Satinstoffe, verschiedene Streifen | 3⁰⁰ | Tennis-Hosen für Herren, moderne Farben | 9⁰⁰ |
| Herren - Breeches aus kräftigem Kord | 4⁰⁰ | Gestreifte Hosen für Herren, gute Kammgarnstoffe | 10⁰⁰ |
| Herren - Hosen aus gestreift, Satin u. gemust. Buckskin | 6⁰⁰ | Whipcord-Breeches und Anzug - Hosen vorzügliche Ausstattung | 12⁰⁰ |
| Breeches, Anzug-Hosen gestr. Kammgarn-Hosen moderne Farben, gute Qualitäten | 7⁰⁰ | Knickerbocker für Herren, aparte Muster | 14⁰⁰ |
| Knaben-Leibchen-Hosen aus farbigen Stoffen, Größe 0-6 durchweg | 95 Pfg. | Rundbund-Hosen für Knaben, aus farbige. Stoffen, auf Futter, Größe 5-12 durchweg | 3⁹⁰ |
| Knaben-Leibchen-Hosen aus farbige. Stoffen, auf Futter, Größe 0-6 durchweg | 2⁹⁰ | Rundbund-Hosen für Knaben, aus farbige. Stoffen, auf Futter, Größe 5-12 durchweg | 4⁹⁰ |
| Knaben-Leibchen-Hosen aus farbige. Stoffen, auf Futter, Größe 0-6 durchweg | 3⁹⁰ | Tiroler-Hosen für Knaben, aus Valvolan, Größe 7-12 4.90, Größe 1-6 durchweg | 3⁹⁰ |

- | | | | | | |
|--|----------------|---|----------------|---|----------------|
| Sportgürtel Spaltleder, f. Herren mit Schiebe-Schnalle 65 Pfg., mit Koppelschloß oder Schiebe-Schnalle, für Knaben | 50 Pfg. | Hosen-Träger unter dem Hemd zu tragen | 95 Pfg. | Sportgürtel Vollrindleder, mit Koppelschloß für Herren 1.25, für Knaben 1.10 | 85 Pfg. |
| Sportgürtel Velour, mit Koppel- schloß | 1.45 | Hosen-Träger unserer Hausmarke „Detack“ vollendete Gummi- Qualität und Aus- stattung | 1.95 | Sportgürtel Vollrindleder mit be- zogener Dornschnalle 30 mm breit 25 mm breit | 1.30 |



Ohlauer Straße 71-73 :: Tel. 56854

Rad- Mohaupt
nur
Kaufstr. 1.1.
Gde
Schweidnitzer Str. Tel. 57082
Leihweise
Smoking u. Gehirnschmuck
Klappstühle u. Dienstkleiden
Billig Herr. Rad mit neu
48, 55
Dam Rad 52, 62
Kadzahl. 1. Stod. Poststr. 7
Ketten, Ringe, Uhren
Gold 24
Armbanduhren Silber 10.50
auch Teilzahl. Uhr. Gld.
1. Stod. Poststr. 7, nur 2

ASTORIA-PALAST
Fürstenstraße 32
Wochentag: 5, 7, 9 Uhr
Sonntag: 3, 5, 7, 9 Uhr
Heute hält der
Tonfilm seinen Einzug!
Kammersänger
Richard Tauber
in seinem ersten Tonfilm
1875
„Ich glaub' nie mehr an eine Frau“
(„Die Ballade vom Dirnenlied“)
Nicht für 5., 8.,
10.- Mk. und noch
mehr, sondern für
80 Pf. sehen und hören
Sie Deutschlands
beliebtesten Sänger

Radrennbahn Breslau-Lilienthal
Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr:
2-Stunden-Mannschafts-Rennen
Mannschafts-Omnium u. a. Rennen. 1859
Am Start: Kolbe, Horn, Rauhuth, Zaiser, sämtlich Berlin.
Ferner: Thomas, Aust, Kfchner, Kusche, Frenz, Bohlmann,
Kupke u. a. — Volkstümliche Eintrittspreise. — 0.50 (Stehterrasse)
0.75 (Klosterkurve und Innenraum), 1.00 (Zielkurve), 1.50 (num. Sitzplatz)
Kinder auf sämtlichen Stehplätzen 0.30 Mk. Vorverkauf:
Geschäftsstelle der DRU Fahrradhaus F. Sabisch, Breslau 1,
Malergasse 11. Telefon: 56984. Autobusverbindung alle 5 Minuten
ab Trebnitzer Platz. Fahrpreis 15 Pl. Kleinbahnverkehr.

Eich. Bücherschränke
Rm. 85.— 125.— 165.—
Eich. Kredenzen
Rm. 100.— 130.— 165.—
Eich. Schreibtische
mit Sessel . . . Rm. 165.—
S.Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.

WAPPENHOF
Heute Freitag ab 4 Uhr:
Große Nachmittags-Vorstellung
mit dem internationalen I. Mai-Programm
Eintritt 30 Pf.
Ab 8 Uhr: **Abendvorstellung mit Ball**
2 Kapellen

Achtung! Jedes Freitag neues Programm! Achtung!
Wollen Sie ein paar vergnügte Stunden,
wollen Sie Tränen lachen, dann kommen Sie in den
Luna-Park
Breslau-Morgenu Tel. 55664
Heute Freitag, sowie täglich
Konzert der Hans Sagerer-Kapelle aus München
Neu! Zum Totlocken! Neu!
„Das Findelkind“
Bayrisches Volksstück
„Der Bauerndraf“
Große Schlagerkomödie
Anfang 8 Uhr. Eintritt 10 Pf.
Hans Sagerer mit Mich. Müller — Leopold Nitschke
spielen im Steinensaal zum beliebtesten
Verkehrten Ball 0776
Anfang 8 Uhr
Eintritt: Damen 20 Pf. — Herren 30 Pf.

WARTBURG
LICHTSPIELE
Gräbschenerstr. 940
Nur bis Montag!
Vereinsmitglieder mit dem großen Schlagerlied
**„Wenn der weiße Flieder
wieder blüht“**
Ferner: Eddie Polo
In seinem großen Sensations-Abenteuer
„Der Teufelsreporter“
(Im Nebel der Großstadt)
Normale Eintrittspreise!
Sonntag, 10 (4 Uhr): Gr. Kindervorstellung
Tom Mix in
Die Goldminen von Santa Paz
und Gräueltaten

Druckeret Volkswacht — Vorführung
Breslau 2 aller Druckarbeiten
Flurstraße 4/6

Central
THEATER-WESTEND-STR. 50-52
Bis Donnerstag, 15. Mai
bringen wir den erfolgreichsten
aller Dieterle-Filme:
Ich lebe für Dich
Die Geschichte einer großen
Liebe.
Hauptrollen:
Wilhelm Dieterle
Leon Deyers, Edda Meyers
Ferner das große Lustspiel:
Die Republik der Bachfische
6 Akte von Tempo — Witk-
und Laune, mit
Käthe von Nagy.

Buchhandlung Volkswacht
Moderne Antiquariat
Breslau 2 Neue Gruppenstraße 5

